

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.
Helfende Zeitung des Bezirke

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Sa-
tragen. — Einzelne Nummern
1 Mk. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3.
Gemeindeverbands-Konto Nr. 3. — Postfach-
konto: Dresden 12548.

Anzeigenpreise: Die Leberpostern 20 Pf. pro
Zeile, außerhalb des Be-
zirks 30 Pf. — Im amtlichen Teil (aus-
genommen die Seite 2) 10 Pf. — Einzelne An-
zeigen 10 Pf. —

Verantwortlicher Redakteur: Carl Jehne. — Druck und Vertrieb: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 140

Sonntag den 18 Juni 1922

88. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachungen.

Freitag und Sonnabend den 23. und 24. Juni 1922 werden die Geschäftsräume des unterzeichneten Amtsgerichts gereinigt. Es können deshalb an diesen Tagen nur dringliche Geschäfte erledigt werden.

V. Reg. 26y/22.

Amtsgericht Dippoldiswalde, den 10. Juni 1922.

Auf Blatt 280 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma Paul Heymann in Kreischa und als deren Inhaber der Zigarrenfabrikant Robert Paul Heymann in Kreischa eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweig: Herstellung von Zigarren.

1 A. Reg. 52/22.

Amtsgericht Dippoldiswalde, am 12. Juni 1922.

Gemeinde-Verbands-Spartasse Schmiedeberg

Montags bis Freitags vorm. 8—12 und nachm. 3—4 Uhr, an Tagen vor Sonn- und Festtagen von 8 Uhr vorm. bis 12 Uhr mittags geöffnet.

Die Einlagen werden vom 1. Juni 1922 ab auf 10 Pf. herabgesetzt.

Veränderung a. Bestand an übertragbaren Wertpapieren

Konto Nr. 2, Postfach-Konto Leipzig Nr. 27040

Postfach-Konto Leipzig Nr. 27040

Als Mitglied der öffentlichen Lebensversicherungsanstalt der Sparte ist die Sparte Vermittlungsstelle für Lebens- und Rentenversicherungen.

Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums zu Dippoldiswalde

am 16. Juni 1922.

Das Kollegium ist vollzählig. Außerdem sind erschienen der Bürgermeister und Stadtrat Diebold.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist der Vorsteher darauf hin, daß das Kollegium heute mit den Haushaltsplanberatungen beginnt. Er ermahnt die Mitglieder, daß die Ausschüsse bereits großer Sparlichkeit sich befleißigen, könne das Kollegium die Einzelhaushaltpläne nur vorläufig verabschieden und müsse sich vorbehalten, nach Durchberatung des Gesamthaushaltsplanes und Feststellung des Gesamtschuldenbetrages nötigenfalls noch Abänderungen vorzunehmen. Damit ist man einverstanden.

Weiter geht man auf Vorschlag des Vorstehenden die Punkte 2, 9 und 10 von der Tagesordnung ab.

Kenntnis wird genommen: 1. von einem Dankschreiben der Hinterbliebenen des verstorbenen Stadtrats Raeser und von einem solchen des Stadtrats Richert und Frau; 2. davon, daß der Gewerbesteuer zu den persönlichen Kosten als erste Rate der Staatsbeihilfe auf 1922 79 200 M., der Märscher 161 200 M. überwiesen wurden und die Staatsbeihilfe auf 1921 für die Handelsschule endgültig auf 29 000 M. festgesetzt worden ist; 3. von der Erhöhung des Gaspreises auf 5,35 M.; 4. von der Einladung zu der am 25. Juni stattfindenden Fahnenweihe des Gesangsvereins „Eintracht“; 5. von der Erhöhung des Zinsfußes für das bei der Kreditanstalt sächsischer Gemeinden für Kriegswohlfahrtszwecke aufgenommene Darlehen auf 5 1/2%. Zu letzterem führt der Vorsteher aus, daß 144 000 M. davon vom Rathe übernommen werden in der Form, daß dieses die Verzinsung und Tilgung eines in gleicher Höhe bei derselben Kreditanstalt aufzunehmenden langfristigen Darlehens übernimmt. Die Stadt hat für die restlichen 39 500 M. ein kurzfristiges Darlehen aufzunehmen und dann nur für dieses den erhöhten Zinsfuß zu zahlen.

Gegen die vom Räte vorgelegte Vorgeordnetung hat man Bedenken nicht zu erheben. Der Vorsteher bittet den Rat um strenge Aufsicht durch Polizeiorgane, wendet sich aber auch an die gesamte Einwohnerschaft um Unterstützung dabei, da bereits Ungehörigkeiten zu beobachten gewesen sind.

Ebenso ist man einverstanden mit der Ordnung über Erhebung von Gebühren vom Gewerbebetrieb im Umherfahren. Die Sache wurden in der letzten Sitzung genehmigt. Hiesige Einwohner sind befreit.

Ohne Veränderung wird der Haushaltsplan für die Feuerlöschkassen mit 9010 M. Deckungsmitteln, 10 810 M. Bedürfnissen und 1800 M. Fehlbetrag genehmigt. Es ist — mindestens seit sehr vielen Jahren — das erstmalig, daß dieser Haushaltsplan mit einem Fehlbetrag abschließt.

Das Fremdschulgeld setzt man nach dem Vorschlage des Schulausschusses fest mit 300 M. für die Normalklassen, 600 M. für die Sprachklassen und 60 M. für die Fortbildungsschule. Der Vorsteher weist darauf hin, daß nach dem Willen des Schulausschusses bei Bedürftigkeit auf Wunsch Ermäßigung eintreten soll. Die Entschädigung an die Turnvereine für den Turnunterricht an Fortbildungsschulpflichtige wird von 60 auf 90 Pf. erhöht.

Wiederum beschäftigt man sich mit der schalldurchlässigen Wand zwischen den Zimmern 5 und 6 der Bürgerschule. Das Einbringen von Strohmaten war nicht möglich, da das erforderliche Stroh nicht zu beschaffen war. Die Kosten hierfür sind für das Befüllen der Nische in den Wänden waren auf 11 500 M. veranschlagt. Darauf hat eine Beschützung durch Ratsmitglieder, den Stadtverordneten-Vorsteher und den Bezirksschulrat stattgefunden. Hierbei ist man zu der Ueberzeugung gekommen, daß die

Kalamität nur durch Einziehen einer massiven Wand beseitigt werden kann. Demgemäß hat der Rat auch beschlossen. Nach längerer Aussprache beschließt man, die erforderlichen Mittel vorläufig in den Haushaltsplan einzustellen (ohne sich wegen des Zeitpunktes der Ausführung zu binden); die Mittel für sofortige Beschaffung von Mauerziegeln (schon heute bereitzustellen, am weiteren Preissteigerungen zuvorzukommen; sodann präzise Beschlüsse der Lehrerschaft und des Schulausschusses herbeizuführen darüber, ob die Kombinationsmöglichkeit der beiden Zimmer eine Notwendigkeit ist. Dann würde das Einziehen einer massiven Wand selbstverständlich unterbleiben müssen. Elternklagen gegenüber, man komme der Schule zu wenig entgegen, wird betont, daß bisher alles getan worden sei, was im Rahmen der verfügbaren Mittel möglich war.

Der Haushaltsplan der Bürgerschule wird verabschiedet mit 88 800 M. Deckungsmitteln, 311 170 M. Bedürfnissen und 234 310 M. Fehlbetrag. Die Position „außerordentlicher Bauaufwand“ wird von 40 000 auf 50 000 M. erhöht. Dem Gesuche der Lehrerschaft wegen der Positionen „Lehrmittel“ und „Unterrichtsbedürfnisse“ voll nachzukommen, sieht man sich außerstande. Hingewiesen wird darauf, daß der Fehlbetrag in Wirklichkeit viel höher ist, indem dazu indirekt der noch nicht feststehende Teil der Lehrergehälter kommt, der den Gemeinden am Einkommensteueranteil vom Staate gekürzt wird.

Für Studienreisen der Märscherlehrer werden 5500 M. ausgemerzt. Sie sind notwendig, um den Unterricht ständig auf der Höhe zu erhalten und nicht verfallen zu lassen.

Einverständnis ist man mit der Abordnung des Vorstehenden des Fortschulchusses zum Fortstag in Eisenbach und mit einer Ausübung von 800 M.

Der Verdoppelung der Anschlaggebühren stimmt man zu, da die Entschädigung für das Ankleben der Plakate erhöht werden mußte.

Das Ortskartell des Deutschen Beamtenbundes bittet, im Haushaltsplan Mittel bereitzustellen zur Schaffung von Freistellen an der Landesschule Dresden, um auch einigen hiesigen mittellosen aber begabten Kindern eine höhere Schulbildung zu ermöglichen, wie viele andere Orte das bereits getan haben (in unserm Bezirk z. B. Glasbütte). Finanzausschuß und Rat beschließen, zwei halbe Freistellen zu schaffen für Kinder hiesiger Erziehungspflichtiger. Mit dem Wegzug fällt auch der Genuß der halben Freistelle weg. Die Kosten betragen jährlich etwa 5600 M. Kollegium stimmt dem zu. Ausdrücklich wird festgestellt, daß nicht nur Kinder aus Beamtenfamilien in Frage kommen, was vom Gesuchsteller auch nicht bezweckt worden ist.

In der Genehmigung des beschlossenen Austauschdarlehens von 800 000 M. ist von aussichtsweisen die Bedingung der Tilgung in 18 Jahren geknüpft. Auch erfolgt die Genehmigung nur unter der Voraussetzung, daß vorher alle Steuermöglichkeiten reiflos ausgenutzt werden, insbesondere ein übereinstimmender Beschluß der städtischen Kollegien hinsichtlich der Erhebung eines Zuschlags zur Gewerbesteuer herbeigeführt wird. Vorbedingungen sät man sich den Bedingungen und genehmigt nunmehr den Rattrag zur Steuerordnung, der einen Zuschlag zur Gewerbesteuer bis 2% vorsieht. Von Gewerbetreibenden wird erklärt, daß man die Steuer nach wie vor als ein Unrecht empfinde, da sie eine einseitige Belastung sei, und daß man sich nur dem Drucke füge. Stadtverordneter Heeger führt aus, daß die Landwirtschaft die Steuer besonders hart empfinde, weil sie in unserer Stadt infolge der eigenartigen Verhältnisse schon durch die Umlege härter als anderwärts getroffen werde. Auch habe die hiesige Landwirtschaft die Milchpreise stets niedriger als anderwärts gehalten und auch diesmal von einem Aufschlage abgesehen. Bezüglich der Höhe des Zuschlages sieht man besonderer Ratvorsorge entgegen.

Der Landesverband vom Roten Kreuz beabsichtigt die Veranstaltung eines Roten-Kreuz-Tages mit Straßenversammlung. Auf Vorschlag des Finanzausschusses hat der Rat beschlossen, die Genehmigung zu letzterer zu verlangen und 2000 M. für diesen Zweck in den Haushaltsplan einzustellen, womit man einverstanden ist.

Der Kleintierbesitzer-Verein bittet, für die Hilfsmaßnahmen statt der vorgeschlagenen 10 000 M. 15 000 M. in den Haushaltsplan einzustellen, da bei den zu erwartenden hohen Preisen auch an eine Protobilligung gedacht werden möchte. Kollegium sieht das ein, ist aber der Meinung, daß auch noch andere bedürftige Bevölkerungskreise dieser Hilfe bedürfen und bittet den Rat um Festsetzung der Zahl der nach den aufgestellten Grundätzen zu berücksichtigenden, um hiernach die auszuwerfende Summe bemessen zu können.

Der Rat hat beschlossen, die Heimbürgin und ihre Gehilfin beim Versicherungsverband sächsischer Gemeinden gegen Unfall zu versichern. Die Prämie beträgt 17,50 M. bei einer Versicherung von 15 000 M. für den Todesfall, 30 000 M. bei Invalidität und täglich 15 M. bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit. Kollegium bewilligt die kleinen Beträge. Der äußere Anlaß zu der Maßnahme ist ein Unfall, den die Heimbürgin auf einem Dienstage in Berruth erlitt. Ausdrücklich wird festgestellt, daß die Heimbürgin und ihre Gehilfin nicht versicherungspflichtig sind, die Versicherung also ein freiwilliges Entgegenkommen der Stadt ist. Das war auch der Fall bisher bei der Kranken- und Invalidenversicherung. Letztere sollen die Versicherten in Zukunft selbst bestreiten. In diesem Zwecke werden die Gebührenhöhe erhöht und zwar, wovon man bei der Gelegenheit Kenntnis nimmt, für die Heimbürgin bei Erwachsenen auf 100 M. in der Stadt und 150 M. auf dem Lande, für die Gehilfin auf 60 und 90 M.

Zum Vertreter der Stadtverordneten im Vorstand des Wohlhabendensvereins wird als Stellvertreter Jüdel wiedergewählt. Damit erreicht die öffentliche Sitzung ihr Ende.

Dippoldiswalde und Schmiedeberg

Dippoldiswalde. In acht Tagen, 24. und 25. Juni, wird der Männergesangsverein „Eintracht“ Fahnenweihe abhalten. Am Sonnabend findet ein Komers-Ritt für Sonntag ist um 2 Uhr die Weibefahrt angelegt, der sich ein Festzug und ein Konzert anschließen werden. Der Verein erwartet zu dem

Feste eine große Zahl auswärtiger Brudervereine und bittet im Inseratenteil vorliegender Nummer die Bürgerschaft, das Fest durch Schmücken und Besetzen der Häuser verschönern helfen zu wollen. Wir glauben, daß diese Bitte nicht umsonst getan ist, hat sich der Männergesangsverein „Eintracht“ doch oft und gern in den Dienst der Allgemeinheit gestellt und mit Konzerten, Aufführungen und dergleichen erfreut.

Morgen Sonntag wird der 2. Reichsarbeiter-Sporttag stattfinden. In Dippoldiswalde ist ein Festzug vom Hufhaus nach der Aue geplant, wo anschließend gefangliche und turnerische Aufführungen, Spiele, auch ein Fußball-Wettpiel stattfinden werden.

Am morgenden Sonntag kommt in den Sternlichtspielen der Detektiv-Film „Verschleppt“, das Abenteuer ein Milliardärs, sowie ein Lustspiel zu Darstellung.

Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Eintragungen in die Listen für das Volksbegehren nur noch bis nächsten Montag mittag erfolgen können.

Zu dem mißglückten Autorraub, der am 2. Juni morgens 2 Uhr bei Wendischcarsdorf verübt wurde, ist noch weiter zu berichten, daß die behördlichen Ermittlungen ergeben haben, daß dieser Raubversuch in allen seinen Einzelheiten mit einem gleichen Streich übereinstimmt, der in der Nacht zum 14. September vergangenen Jahres in Flur Frauenstein begangen wurde. Einer dieser Autorräuber hatte sich als Geheimrat Wittmann, ein anderer als dessen Sekretär bezeichnet. Eine weibliche Person, die mit beteiligt war, gab sich als die Frau Geheimrätin aus.

In der Vogelwelt ist es jetzt verhältnismäßig still geworden, denn wir haben noch Brutmonat und während dieses Geschäfts schweigt der lebensfrohe Gesang. Auch in der heiteren Vogelwelt verdrängt der Ernst der häuslichen Angelegenheiten die Zeit der Sorglosigkeit. wo man singende Vögel trifft, sind solche, die sich zur zweiten Brut anschicken. Jetzt ist die Zeit der schlügen Jungen, aber auch die der Verfolgung derselben durch Katzen, aber auch durch jagdlustige Knaben, oder durch Erwachsene, die oft reinen Sport daraus machen, Vogelneester auszunehmen und das idyllische Glück einer Vogelfamilie zu stören, ja nicht selten die unschuldigen kleinen Vögel in der grausamsten Weise zu markern. Auf die Rohheit von dergleichen Akten hinzuweisen, ist nicht bloß Pflicht der Eltern und der Schule, sondern die eines jeden geschuldeten Menschen.

Der Deutsche Lehrertag zur Religionsunterrichtsfrage. Die 30. Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins in Hannover beschäftigte sich in sehr beachtlicher Weise auch mit der Frage des Religionsunterrichtes. Der siebenzehngliedrige Ausschuß, der die bisherige programmatische Stellung des Deutschen Lehrervereins zu dieser Frage prüfen sollte, sprach sich für den Religionsunterricht aus, womit eine klare Abkehr der Mehrheit von der bisher vertretenen weltlichen Schule gegeben war. In der Vollversammlung hielt eine Minderheit, darunter die sächsischen Vertreter, an der weltlichen Schule fest. In der Entschließung heißt es u. a.: „Der Deutsche Lehrerverein tritt für die allen Kindern gemeinsame Schule ein, in der der Religionsunterricht nach allen Bekennnissen getrennt erteilt wird.“

Hennersdorf. Morgen Sonntag über 8 Tage, am 25. Juni, wird unser Kriegerdenkmal geweiht. Es findet vormittags 9 Uhr Gedächtnisgottesdienst mit Abendmahlsfeier statt. Nachmittags 1 Uhr wird am Mäderschen Gasthof gefest. Es ist jedem gestattet, seinem gefallenen Helden zu Ehren an diesem Tage einen Blumenschmuck niederzulegen.

Reinhardtsgrimma. Das am vergangenen Sonntag stattgefundenen Anturnen des Turnvereins war wenig vom Wetter begünstigt. Während es möglich war, am Vormittag trotz des Regens das Wettturnen der Mitglieder und Zöglinge durchzuführen, mußte nachmittags das Turnen ganz unterbleiben. Abends vereinigten sich die Angehörigen des Vereins zu einem Tanzchen. Im Verlaufe desselben wurden die Sieger bekannt gegeben. Auch erfreuten die Turnerninnen durch exakt ausgeführte Pferdübungen. Sieger im Reumkampft waren: I. Arthur Walthers 140 Punkte, II. Kurt Beyer 136 1/2 P., III. Max Lempe 133 P., IV. Arno Walthers 121 P. Lobend erwähnt wurde Gerhard Nitzsch mit 117 1/2 P. Von den Jungmannschaften erhielten Preise: I. Edwin Steinigen mit 152 1/2 Punkten, II. Arno Steinigen mit 118 1/2 P. und Kurt Schwene mit 109 1/2 P.

Im Erbgerichtsgasthofe wird heute Sonnabend eine öffentliche, von der sozialdemokratischen Partei einberufene Versammlung stattfinden, in der Landtagsabgeordneter Böckel über „Die politische Lage, Volksbegehren“ sprechen wird.

Dresden. Aus parlamentarischen Kreisen wird dem Zeitung-Sachsendienst geschrieben: Der unnatürliche Zustand,

genehm.
arm.
Jehne.
resden
kg in Markt
Schlicht-
licht
5825-6000
5400-5575
1700-5300
1000-4500
1375-5500
1725-5075
250-4600
800-4200
825-6175
200-5750
900-5600
500-4000
50-4500
000-5175
057-5000
450-4675
000-5000
80-4650
75-3000
25-5625
00-5615
75-5325
75-5975
50-5600
11 Röhre.
22
ele
i.
art
35 Perf.
gemalte
Duette
8 Uhr.
ein
ndem
Rein-
ntat.
nd
m
en im
Gemein-
a zur
de.
l
pp.
SLUB
Wir führen Wissen.

Denkt an das Volksbegehren!

Einzeichnungslisten liegen bei den Gemeindebehörden bis 19. Juni mittags auf. In letzter Stunde rufen Euch zur Pflicht die vereinigten bürgerlichen Parteien

daß die aus Unabhängigen und Mehrheitssozialisten gebildete Regierung sich auf die kommunistische Landtagsfraktion stützt und von deren Gnaden lebt, hat nunmehr ungläubliche Zustände herbeigeführt. Die Behandlung des Polizeietats im Landtage hat den Kommunisten des öfteren Gelegenheit, ihre grundsätzlichen Einwände gegen die Polizei vorzubringen. Selbst die Unabhängigen hatten anfänglich gegen den Hauptteil des Polizeietats sich ausgesprochen. Seine Parteifreunde brachte zwar der unabhängige Polizeiminister zum Umfall. An der Haltung der Kommunisten jedoch änderte diesmal alles Liebeswerben nichts; lange Wochen hindurch wurden immer wieder im Ausschuss und in den Linksparteien mit ihnen Verhandlungen gepflogen — wieder ohne Ergebnis. Die Regierung will die Polizei in den 6 großen Städten des Landes (Dresden, Leipzig, Chemnitz, Plauen, Zwickau und Jittau) verstaatlichen. Die Kosten für die verstaatlichte Polizei sollen aber nach dem Finanzgesetz für 1922 zum größeren Teile (6 Zehntel) von den genannten Städten und im übrigen von allen anderen Gemeinden des Landes getragen werden. Uebel ausgebracht ist der Plan nicht. Die gesamte Polizeigewalt soll in die Hände des Ministers gespielt, die Kosten aber den Gemeinden auferlegt werden. Diesen Zielen mühten sich die Bürgerlichen mit Entschiedenheit widersetzen. Infolgedessen fand die Regierung für ihre Forderung keine Mehrheit — natürlich — denn sie hat eben keine Mehrheit im Landtage und im Volke. Bei Gelegenheit der fast siebenstündigen Beratungen über den Polizeietat im Landtage am Donnerstag den 15. Juni fehlte es nicht an heftigen Angriffen der Sozialisten und Kommunisten untereinander. Diese Vorgänge gestatteten einen Einblick in die inneren Vorgänge jener Gruppen und in die Regierungswerkstatt — sie ließen Schlüsse zu auf die tags zuvor abgehaltene interfraktionelle Besprechung der Linksparteien, die nicht vermocht hat, die Kommunisten zum Umfall zu bringen. Während man sonst den Bürgerlichen keinen Einfluß auf die entscheidende Gesetzgebung und auf die Staatsgeschäfte gewährt, beschwor diesmal der Minister die Abgeordneten der Rechten. Aber dies verfrucht nicht. Der Regierung wurde deutlich vor Augen geführt, daß sie keinen genügenden Unterbau hat. Ihre Basis ist viel zu schmal und ihre kommunistischen Hilfstruppen versagen eben heute. So kam es, daß das entscheidende Polizeikapitel 48 mit 55 gegen 38 Stimmen abgelehnt wurde. Auf sozialistischer Seite fehlte der Präsident Fröhlich und auf demokratischer Seite der Abg. Dr. Reinhold. Ob die Regierung aus dieser entscheidenden Niederlage nun endlich die Konsequenzen zieht?

Der Ministerpräsident hatte aus Anlaß der Uebergabe eines großen Teiles Oberschlesiens an Polen in Uebereinstimmung mit den Reichs- und Preussischen Behörden für Sonnabend den 17. Juni das Beslaggen der Staatlichen Gebäude auf Halbmaß angeordnet.

16. Juni. Die Stadtverordneten wählten in ihrer gestrigen Sitzung anstelle des zum Amtshauptmann von Großenhain gewählten bisherigen Vorstehers Kühn, der sein Amt niedergelegt hatte, den Stadtverordneten Wirth (Soz.) mit 44 Stimmen zum Stadtverordnetenvorsteher. 32 Stimmentzel waren unbeschrieben.

Ramenz. Vor einigen Tagen war ein Möbelwagen, der einem Ramenzer Möbelhändler gehörte, nach Ramenz unterwegs. Da derselbe aber nicht am Bestimmungsorte eintraf, wurden von dem Besitzer Nachforschungen angestellt. Der Möbelwagen stand verlassen mit zerbrochenem Rad in Rönigbrück. Durch die Ermittlungen stellte sich folgendes heraus: Der Fahrer hat von der Ladung des Wagens eine Chaiselongue und einige andere Kleinigkeiten verkauft und hat dann, anscheinend um einen Unfall vorzutäuschen, das Rad beschädigt, um nachher das Werte zu suchen. Der Flüchtige konnte bisher noch nicht ergriffen werden.

Ortima. Bei der Verpachtung der städtischen Klirschenuhungen hatte die Stadt die Bedingung gestellt, daß die Klirschen an die Bewohner der Stadt verkauft werden müssen, und zwar zu einem angemessenen Preis. Als ein solcher wurden 450 M. für das Pfund bezeichnet. Trotz dieser Bedingung ergab die Verpachtung einen 3/4 mal höheren Betrag als im Vorjahre.

Rüssen bei Vorna. Am Sonntag hielt der Militärverein Rüssen unter Anwesenheit von mehr als 30 auswärtigen Vereinen sein 25 jähriges Stiftungsfest ab. Das anfangs regnerische Wetter hellte sich auf und man gedachte, durch die Ortschaften Kleinstorkwitz, Döhlen und Rüssen einen Umzug zu halten, als mit blutroten Fahnen Barfüßlerjugend von Wiederau aus durch die Dörfer zog, geleitet und allein geführt von Baron von Holläuser-Appke, dem Majoratsherrn von Wiederau. Dieser ist früher Ehrenmitglied des Militärvereins Rüssen gewesen und sein Verhalten, mit 150 Kindern und Konfirmierten jetzt gegen denselben Militärverein zu demonstrieren, hatte so lebhaften Unwillen erregt, daß es schließlich zu Tätlichkeiten kam, bei denen der Wiederauer Majoratsherr allein der leidende Teil war. Ein Gendarmereiwachmeister nahm einem Demonstranten einen geladenen Revolver und zwei Gummiknüppel ab. (1)

Burgstädt. Unter dem Zwange der allgemeinen Wohnungsnot geschieht so mancherlei, was nicht gerade zu den Alltätigkeiten gerechnet werden kann. Zu diesem Kapitel wird dem „Burgstädter Anzeiger“ folgendes aus unserer Stadt berichtet: Ein geschiedenes Ehepaar wurde durch die Wohnungsnot gezwungen, die bisher innegehabten Räume gemeinsam weiter zu bewohnen. Da der Mann eine neue Ehe einging, mußte auch diese zweite Frau mit in dieselbe Wohnung ziehen, wo sie nun beieinander sind. An der Verträglichkeit der drei ist wohl nicht zu zweifeln, wenn man in Nachstehenden ein Bild größter Friedlichkeit (und Aufrichtigkeit) erblicken will. In völliger jugend gelegten Uneigennützigkeit richtete die erste geschiedene Frau für die Hochzeitsfeier ihres gewesenen Mannes die Wohnung schmuck her und stellte Blumen ins

Zimmer. Sie war ebenso gern der neuen Braut ihres geschiedenen Ehrgatten beim Anziehen des Festkleides beihilflich und trug auch sonst zum guten Gelingen der frohen Festlichkeit durch besondere Sorge (hinsichtlich der Bewirtung der Gäste) bei.

Hohenstein-Ernstthal. Ein hiesiger Handelsmann hatte bei einem Delsnitzer Gutsbesitzer eine Zuchtgans, 18 Pfd. schwer, im Werte von 1000 M. gestohlen, die er in einer hiesigen Gastwirtschaft zu 350 M. ausbot. Ehe der Käufer zuschlagen konnte, trat die Polizei dazwischen und beschlagnahmte die Gans, sodaß der Bestohlene wieder in den Besitz des Tieres gelangte.

Chemnitz. Der Stadtrat hat davon Kenntnis erhalten, daß die Kreishauptmannschaft in der Meinungsverschiedenheit zwischen Rat und Stadtverordneten wegen der Verstaatlichung der Düngerabfuhr sich gegen die Verstaatlichung entschieden hat.

Penig. Die Handschuhfabrikation saßt in Penig immer mehr Boden. Auch in den Nachbardörfern gewinnt die Textilindustrie immer mehr an Ausdehnung.

Kimbach. Die unlängst einberufene gemeinschaftliche Sitzung des Rates und der Stadtverordneten konnte ebenso wie die der Stadtverordneten nicht stattfinden, weil in beiden Sitzungen wegen unentschuldigter Fernbleibens mehrerer Stadtverordneter die Beschlussfähigkeit festgestellt werden mußte. Es wurde ein Antrag angenommen, die unentschuldigten beiden Sitzungen ferngebliebenen Stadtverordneten mit einer Ordnungsstrafe von 300 M. zu belegen.

Rochlitz. Am Donnerstag erfolgte vor geladenen Gästen in der Turnhalle der hiesigen Realschule die Eröffnung der Wanderausstellung über Kleingarten- und Siedlungswesen, veranstaltet von der Zentrale für Kleingartenwesen in Dresden.

Delsniz i. E. Ein Schindenseuer brach auf dem Kaiserin-Augusta-Schacht in dem Aufbahrungsraum für Kleider und Fahrräder aus. Gegen 18 Arbeitsanzüge und ebensoviel Paar Stiefel fielen dem gefräßigen Elemente zum Opfer. Während des durch den Brand entstandenen Tumultes sind leider auch zwei Fahrräder gestohlen worden.

Delsniz i. B. Der Stadtrat beschloß in seiner am Donnerstag abgehaltenen Sitzung gegen den vor kurzem in Angriff genommenen Neubau des Postgebäudes in der vorliegenden Planung bei der Reichspostverwaltung Einspruch zu erheben.

Von Woche zu Woche.

Handbemerkungen zur Zeitgeschichte.

„Zwischen Ripp“ und Kalkesrand schwebte Frankreichs dunkle Hand.

Die Bankiers haben ihre strotzenden Geldtaschen wieder aufgeklappt und sind vorläufig nach Hause gefahren. Allerdings mit dem freundlichen Wunsch auf Wiedersehen; aber für das dürftige Deutschland ist es doch nicht angenehm, wenn die große Flasche der Weltanleihe wieder zurückgezogen wird in dem Augenblicke, wo wir schon zu einem kräftigen Schluck den Mund spitzten.

Wem verdanken wir die Enttäuschung? Von Rechts wegen dürfen wir den freitenden Bankiers keinen Vorwurf machen, wohl aber den unverschämten Franzosen. Dem Anleihekomitee war freilich die Erlaubnis gegeben worden, bei ihren Kreditplänen über die Schür der alten Diktate hinauszugehen. Aber der Reparationsauschuss hatte das nicht einstimmig beschlossen, sondern gegen den Widerspruch Frankreichs. Da sagten sich die Bankiers: Was helfen uns die schönsten Projekte, wenn Herr Poincaré sich hartnäckig weigert, den deutschen Tribut auf ein erträgliches Maß herabzusetzen? Dann fehlt die Sicherheit für die Geldgeber, und infolgedessen würde eine deutsche Weltanleihe mißlingen. Darum müssen wir warten, bis Frankreich vernünftig geworden ist.

Die sachverständigen Goldkondole halten eine Verschiebung für das kleinere Übel im Vergleich zu einem Fehlschlag. Dagegen läßt sich nichts Durchschlagendes sagen, und wir sitzen wieder weiter auf der langen Bank im Wartezimmer.

Was ist da zu tun? Wenn die Franzosen befehrt werden sollen, so können ihre alten Bundesgenossen durch gutes Reden und sanften Druck diese Erläuterung fördern. Aber Deutschland kann durch Jammern oder Schelten die Pariser Machthaber nicht bekehren. Aus diesem Gesichtspunkt heraus verbart unsere Regierung bei ihrer bisherigen Politik der bestmöglichen Erfüllung. Sie verhandelt ruhig weiter mit dem Reparationsauschuss über die nächsten Tribute und über die Finanzkontrolle. Damit denkt sie ihrerseits am besten die Wiederaufnahme des Anleihefadens zu fördern.

Wir sagten schon vorige Woche, das Spiel sei verzweifelt langwierig. Das trifft nach der Sekurreise der Bankiers erst recht zu. Aber wir haben doch wenigstens schwarz auf weiß die Beschleunigung dieser Sachverständigen, daß die finanziellen Vorbedingungen für eine deutsche Weltanleihe günstiger sind, als jemals seit Kriegsende. Nur die politischen Hemmnisse müssen noch beseitigt werden, und es gibt ja Leute, die schon ernstlich damit rechnen, daß die widerpenstigen Franzosen in ihrer Isolierung gegenüber der ganzen friedensbedürftigen Welt es nicht lange aushalten könnten.

Dafür und dagegen läßt sich vieles sagen; aber was nützt ein solches Palaver?

Zunächst wird im Haag eine kleine Probe darauf gemacht, wie weit die Franzosen zur Quartelberei noch gewillt und befähigt sind. Die kleine Konferenz in Haag, die jetzt in Gang kommt, bildet sozusagen den Schwanz an dem Hunde, über den man in Genia nicht hinwegkommen konnte. Es soll dort angeblich die russische Frage gelöst werden. Wahrscheinlich wird diese harte Frage auch im holländischen Friedenspalast

noch nicht gemaakt werden können. Aber es wäre schon viel gewonnen, wenn sich die Erkenntnis durchsetzen wollte, daß der Wiederaufbau Europas nicht von Osten her, sondern vielmehr vom Westen aus in Angriff genommen werden muß. Die einzig richtige Reihenfolge ist: erst wird Deutschland geholfen, daneben auch Oesterreich geholfen, und dann kann Deutschland entschuldigend mitteilen zur Erlösung Rußlands. Wenn nur alle Minister schon so vernünftig wären, wie die heimgereisten Bankiers!

Irlands Verfassung.

Geleiche Rechte wie Kanada.

Der Entwurf einer Verfassung für den irischen Freistaat ist jetzt veröffentlicht worden. In der Einleitung dazu wird bestimmt, daß jede provisorische Verfassung, jedes Amendement dazu und jedes Gesetz, das unter einer solchen Verfassung erlassen ist, welche dem englisch-irischen Verträge widerspricht, ungültig ist.

In dem Verfassungsentwurf heißt es: Der irische Freistaat ist ein gleichberechtigtes Mitglied der das britische Reich bildenden Völkergemeinschaft. Die nationale Sprache ist irisch, aber auch das englische soll als Amtssprache anerkannt werden. Männer und Frauen haben die gleichen Bürgerrechte, einschließlich des Stimmrechts. Die Gewissensfreiheit ist unverletzlich. Kein Gesetz darf erlassen werden, das zwischen den Religionen einen Unterschied macht. Die Redefreiheit, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit wird gewährleistet. Die Mitglieder des Parlaments, einschließlich des in Zukunft zu wählenden Parlaments, haben dem König George und seinen Nachfolgern den Treueid zu leisten. Welche Häuser des Parlaments sind auf der Grundlage proportionaler Vertretung zu wählen. Auf der Oberhaus, den Senat jedoch, soll die Hälfte der Mitglieder vom Premierminister ernannt werden, in einer Weise, die eine Vertretung für Gruppen und Parteien vorsieht, die in der Kammer in nichtentsprechender Weise vertreten sind. Die andere Hälfte der Senatsmitglieder soll von der Kammer gewählt werden. Alle Gesetzesvorlagen erfordern die Zustimmung des Königs, bevor sie Gesetz werden, ebenso wie dies in Kanada der Fall ist. Abgesehen von dem Fall, daß ein tatsächlicher Angriff erfolgt, soll der Freistaat nicht genötigt sein, an irgendeinem Kriege ohne Zustimmung seines Parlaments teilzunehmen. Die Krone soll ebenso wie in Kanada durch einen Generalgouverneur vertreten sein. Von den irischen Gerichtshöfen soll eine Berufung an den Justizauschuss des Geheimen Rats statthaft sein.

Der Aufstakt im Haag.

Eröffnung der Vorkonferenz.

Im Haager Friedenspalast wurde durch den holländischen Außenminister van Karnebeek die Vorkonferenz der Wirtschaftskonferenz eröffnet.

Der holländische Außenminister erklärte in seiner Begrüßungsansprache, seine Regierung habe den Vorschlag angenommen, die in Genia nicht zur Entscheidung gelangten Probleme vorzubereiten. Sie sei der Meinung, daß es sehr vorteilhaft sein könne, aufs neue zu versuchen, das Problem der Wiederaufrichtung Rußlands und des Wiederaufbaus des Friedens auf einer gemeinsamen Grundlage zu lösen. Die niederländische Regierung habe es als ihre Pflicht betrachtet, sich, ihrer Tradition getreu, mit allen Mitteln in den Dienst dieser Sache zu stellen. Van Karnebeek wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich aus dem bestehenden Unterschied in den Prinzipien und Methoden Sowjetrußlands und denen der Verwaltungen der übrigen Staaten ergeben, und darauf, daß das in Rußland herrschende System den wirtschaftlichen Wiederaufbau dieses Landes zu hindern scheint. Nach der bedeutungsvollen Konferenz in Genia sei eine neue Periode eingetreten, in der es darauf ankomme, die grundlegenden Tatsachen zu sammeln und den Versuch zu machen, sie zu studieren und zu gliedern. Der Weg zur ruhigen Ueberlegung sei geöffnet.

Die Delegierten waren an drei Tischen in alphabetischer Reihenfolge untergebracht. Die Zahl der vertretenen Staaten beträgt 34, die zum Teil durch eigene Delegierte vertreten sind, zum Teile ihre in Holland beglaubigten diplomatischen Vertreter in den Haag entsandt haben. Zum Vorsitzenden dieser Vorkonferenz wurde Karnebeek gewählt.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 17. Juni 1922.

Die freiwillige Volksabstimmung in den drei südtürkeischen Gemeinden ist völlig reibungslos verlaufen und ergab eine überwältigende Mehrheit für Deutschland.

zur Note der Reparationskommission. Außer dem „Temps“ bespricht kein Blatt die Note der Reparationskommission. Das halbamtliche Blatt nimmt an, daß die deutsche Regierung sich bei der Durchführung der in der Note vom 28. Mai von ihr übernommenen Verpflichtungen, abgesehen von der Einschränkung der schwebenden Schuld, durch den Fehlschlag der Pariser Anleiheverhandlungen nicht beeinflussen lassen werde. Es rechnet dagegen mit der Möglichkeit, daß die deutsche Regierung eine Erweiterung des Moratoriums vom 21. März verlangen werde, falls die Mark weiter fällt. Es geht den Kredit Deutschlands wieder aufzubauen, eine ausländische Anleihe zu vermitteln und sie durch eigene Anstrengungen der deutschen Regierung im Sinne der finanziellen Sanierung zu erleichtern. Wenn die deutsche Regierung es verfehle, werde sie in der Kontrolle des Garantiekomitees hierbei Unterstützung finden.

Die ober-schlesischen Uebergabebestimmungen. Die Bestimmungen betreffend die Uebergabe der Deutsch-land und Polen anerkannten Gebietsteile durch die Interalliierte Kommission werden jetzt veröffentlicht. In Kapitel 1) werden die allgemeinen Grundzüge und die Maßnahmen zur Durchführung besprochen. Es handelt sich um 1. vorbereitende Maßnahmen, 2. Uebergabe der Baulichkeiten und des Materials, 3. Uebergabe der Akten und Archive, 4. Ersatz des Verwaltungs- und technischen Personals. In Kapitel 2) ist die Rede von der Uebergabe der öffentlichen Dienstzweige und der allgemeinen Verwaltung der Kreise. Die einzelnen Punkte betreffen: 1. Ueber-gabe der öffentlichen Dienstzweige in den an Polen fallenden Kreisen oder Kreisteilen, 2. Räumung des Kreisgebietes durch die alliierten Truppen und Besetzung durch die deutschen oder polnischen Truppen, 3. Polizei, 4. Uebergabe der allgemeinen Verwaltung des Kreises an die deutschen oder polnischen Be-hörden.

Umwandlung der Schutzpolizei. Gemäß der der Entente gegebenen Zusicherung, die Polizeiformationen der Länder auf den Stand der Organisation vom Jahre 1913 zurückzuführen, hat das preussische Ministerium des Innern in einem Erlaß vom 24. Mai ds. Js. die Umwandlung der Preussischen Schutzpolizei bis spätestens zum 1. Oktober ds. Js. angeordnet. Die bisherigen Hundertschaften werden aufgelöst und zum Teil in Bereitschaften umgewandelt, zum Teil auf die Einheitsreiterei verteilt. Die Durchführung der Umwandlung liegt den Bezirks Polizeiverwaltungen ob, in Berlin dem Polizeipräsidenten. Der Erlaß sieht ferner eine Verminderung der Zahl der oberen Polizeiregimentsbeamten insofern vor, als zwar Entlassungen nicht vorgenommen, freierwerdende Stellen aber gestrichen werden sollen. Die künftige Uniform der Polizeibeamten wird blau sein, doch sollen die bisherigen grünen Uniformen bis zu einem noch bekanntzugebenden Termin aufgetragen werden. Außer den oben genannten Formationen wird die Schutzpolizei auch wie bisher das notwendige technische Kraftfahr- und Sanitätspersonal erhalten. Hinsichtlich des Dienstes der Polizeibeamten unterliegt der Erlaß des Ministeriums das Abhalten militärischer Übungen auf das Strengste.

Reichslandbund und Getreidemenge. Der Gesamtverband des Reichslandbundes hat eine Entschlie-ßung gefaßt, in der es heißt: „Der Reichslandbund lehnt nach wie vor die Umlage als undurchführbar auf das entschiedenste ab. Versuche einer zwangs-weisen Durchführung werden eine ungeheure Erbitterung in der Landwirtschaft auslösen und die Sicher-stellung der Volksernährung auf das schwerste gefährden. Dagegen ist der Reichslandbund bereit, bei Weg-fall der Umlage sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, daß die erforderlichen Getreidemengen im freien Ver-kehr zu festzusetzenden Terminen aufgebracht werden. Die Mittel zur Verbilligung des Brotes für die wirk-lich notleidenden Teile der Bevölkerung aber sind der Gesamtheit der leistungsfähigen Stände aufzuer-legen. Zur Vermeidung von Erschütterungen des Wirt-schaftslebens ersuchen wir zum letzten Male, von der anheißvollen Abicht der Fortführung der Umlage Ab-stand zu nehmen.“

Churchill erklärte im Unterhause, die Erklärung über die irische Frage erst Ende der nächsten Woche ab-geben zu können.

Eine Generalversammlung der spanischen Syndikats-fraße beschloß, sich in Zukunft an der Politik zu beteiligen, was von der spanischen Presse als die Abkehr vom Terror gedeutet wird.

General Pascha kämpft in Buchara, wie es scheint, erfolgreich gegen die Moskaustruppen und wird nach der „Pravda“ auch von Afghanistan in seinen großtürkischen Plänen unterstützt.

Frankreich: Der Kampf um die Dienstzeit.
Das Kabinett Poincaré hat bei Fortsetzung der Kammerdebatten über die Deeresvorlage ein Vertrauensvotum erlangt. Es handelte sich dabei um einen Zusatzantrag nach dem der älteste Sohn einer Witwe mit vier Kindern und der Älteste von vier verwaisten Geschwistern nur 12 statt 18 Monate dienen soll. Der Kriegsminister be-kämpfte den Antrag mit der Begründung, es sei zweifel-haft, ob Frankreich nach dem Vertrag von Rapallo wagen könne, das Land weiter zu schwächen. Er stellte im Namen der Regierung die Vertrauensfrage. Der Antrag wurde dann mit 313 gegen 290 Stimmen abgelehnt.

England: Französische Propaganda.
Der französische Marshall Pétain trat in einer bei einer Versammlungsgebung in London gehaltenen Rede dem Vorwurf entgegen, daß Frankreich eine imperialistische und militärische Macht sei. Seit 44 Jahren habe das Deutsche Reich, um den französischen Nationalcharakter zu ver-letzen, Frankreich als unheilbar Chauvinistisch und herrsch-süchtig hingestellt. Zu diesem Zweck habe Deutschland die Hilfsmittel einer übermäßigen Propaganda angewendet. Pétain fragte: Können wir unseren friedlichen Beruf nach-gehen, wenn die Rufe: „Deutschland über alles!“ immer noch von jenseits des Rheins herüberschallen, können wir die Drohungen nicht verstehen, die in den herausfordern-den Reden und aggressiven Presseartikeln enthalten sind, die uns jeden Augenblick daran erinnern, daß der Feind seine Waffen noch nicht niedergelegt hat? Pétain bemerkte, Gleichgültigkeit gegen einen solchen Zustand würde ein „verbrecherische Nachlässigkeit“ bedeuten.

China: Mutige Kämpfe.
Einer Reutermeldung zufolge hat sich die Schlacht an der mandchurischen Grenze zwischen den beiden chine-sischen Parteien an einer der heftigsten des Krieges ent-wickelt. Beide Seiten erlitten sehr schwere Verluste.

Der Internationale Gerichtshof in Haag.
Haag, 16. Juni. Zugleich mit der Haager Kon-ferenz wurde in Haag die Session des internationalen Gerichtshofes eröffnet. Der internationale Gerichtshof soll sich u. a. darüber aussprechen, ob die wichtige Frage der Einführung des 8-Stundentages in der Landwirtschaft unter die Kompetenz der interna-tionalen Arbeiterorganisationen fällt oder nicht.

Keine Erhöhung der Umsatzsteuer.
Berlin, 16. Juni. In Anbetracht der vollkom-men wirtschaftlichen Unmöglichkeit, eine weitere Er-höhung der Umsatzsteuer zu extrahieren, hat sich der

Zentralverband des deutschen Großhandels auf die in der Presse erschienene Meldung, daß eine solche geplant sei, unverzüglich an das Reichsfinanzministe-rium gewandt. Die zuständigen Deputierten haben baraushin die bindige Erklärung abgegeben, daß in-gewandte Absichten auf eine weitere Erhöhung der Umsatzsteuer im Finanzministerium nicht bestünden.

Vorausichtliche Reichspräsidentenwahl im Oktober.
Berlin, 16. Juni. Wie in hiesigen parlamen-tarischen Kreisen bestimmt verlautet, soll nunmehr Anfang Oktober die Wahl des Reichspräsidenten erfolgen. Vorher werden dem Reichstage noch zwei mit der Wahl zusammenhängende Entwürfe vorgelegt, von denen der eine die Pensionsverhältnisse des Reichspräsidenten regelt. Ueber die Aufstellung von Kandidaten haben Besprechungen noch nicht stattge-funden.

Sofortige Räumung Oberschlesiens.
Breslau, 16. Juni. Nachdem gestern zu später Abendstunde endlich das Abkommen betreffend die Uebergabe Oberschlesiens unterzeichnet worden ist, hat die Räumung des Landes binnen 24 Stunden zu be-ginnen. Am morgigen Tage schlagen die Behörden im ganzen Reich halbwegs zum Zeichen der Trauer über den Verlust des losgerissenen Teiles von Ober-schlesien.

Zur Erhöhung der Beamtenegehälter.
Berlin, 16. Juni. In der heutigen Sitzung des Beamtenausschusses des Reichstages gab zu Beginn Regierungsrat Schilling im Auftrag des Reichs-finanzministeriums eine Erklärung zu der Frage der Teuerungszulagen für die Beamten ab, in der es heißt, daß die Reichsregierung die Notwendigkeit von Teue-rungsmaßnahmen nicht verkenne, jedoch genötigt ge-wesen sei, den Ausgang der Pariser Verhandlungen abzuwarten. Die Regierung ist bereit, in Erwägung einzutreten, in welcher Art und in welchem Maße diese Erhöhung erfolgen muß. Eine abschließende Stel-lungnahme ist noch nicht möglich, da zunächst noch mit den wirtschaftlichen Verbänden der Beamten, Arbeiter und Angestellten Fühlung genommen werden muß. Dies soll am Dienstag, den 20. Juni, geschehen. Im allgemeinen werden die zu treffenden Maßnahmen sich in der Richtung einer Erhöhung des Teuerungszu-schlages bewegen.

Um die kleine Anleihe.
Berlin, 16. Juni. In Regierungskreisen wie in den Kreisen der deutschen Sachverständigen der Genußabteilung ist man der Ueberzeugung, daß die Reparationskommission mit der deutschen Regierung Verhandlungen wegen einer kleinen Anleihe einleiten wird. Welche Form diese Anleihe annehmen soll, dar-über wird erst gesprochen werden können, wenn die engli-sch-französischen Verhandlungen in London beendet sind und das Garantiefomitee in Berlin festge-setzt hat, welche Maßnahmen die deutsche Regierung bereits zur Sicherstellung der Anleihe vorzuschla-gen gedenkt.

Die Weichselufer.
Berlin, 16. Juni. In der heutigen Landtags-sitzung gab Minister Seevering folgende Erklärung ab: Es sprechen viele Anzeichen dafür, daß die Sach-verständigenberatungen über die Verteilung der ostpreussischen Weichselufer zu einem für Deutschland günstigen Resultat führen werden. Die Botschafterkonferenz wird wahrscheinlich ihre erste Entscheidung baraushin re-solvieren.

Aus Stadt und Land.

Hindenburgs Abschied von Ostpreußen.
„In dem Augenblick,“ so schreibt der Generalfeldmarschall v. Hindenburg in einer Kundgebung, „in dem ich Ost- und Westpreußen nach unvergeßlichen Tagen wieder verlaße, ist es mir ein Herzensbedürfnis, allen denen innig zu danken, welche mir durch ihren treuen Willkommensgruß eine unendliche Freude und eine liebe Erinnerung bereitet haben. Ich weiß wohl, daß der zahllos mir entgegenbräuhende Jubel und die über-wältigende Hülle der mir zuteil gewordenen Ehrun-gen weniger mir persönlich gelten können, sie sind vielmehr als ein lebendiges Zeugnis der tiefen Liebe zum deutschen Vaterlande anzusehen. Aber gerade deshalb nehme ich das erhebende Bewußtsein mit mir, daß meine alte preussische Heimat sich entschlossen ist auf ihrem Posten als ständiger Vorkämpfer des Deut-schtums auszuhalten und damit ihre Pflicht der gan-zen deutschen Stammesgemeinschaft gegenüber getreulich zu erfüllen.“

Ein ungetreuer Eisenbahnbeamter. Bei der Eisenbahnverwaltung Stuttgart hat der 30 Jahre alte Eisenbahnsekretär Karl Reif 600 000 Mark unterschla-gen und ist damit geflohen.

Der Typhus in Königsberg. Bisher wurden in Königsberg (Pr.) 65 Typhusfälle festgestellt. In Anwesenheit des Ministerialrates Dr. Lenz fanden we-tere Ermittlungen statt, die ergeben haben, daß der Zusammenhang der Erkrankungen mit dem Genuß von Wasser nicht ausgeschlossen erscheint.

Der ungeheure Kronenkurs in Deutsch-Oester-reich hat besonders den Wienern, so will es scheinen, den Hahnen- und Prekesein völlig geraubt. Feste Preise kennt kein Geschäftsmann in der schönen Do-naustadt mehr, und so kann es einem passieren, daß man am Morgen ein Paar Stiefel für 40 000 Kro-nen bezahlt, die am Abend schon 50 000 Kronen kosten. Bezeichnend für diese Zustände ist eine Ge-schichte aus Wien, die ein Berliner Mittagsblatt sei-nen Lesern mitteilt. Ein Kaufmann erhielt einen auf eine Wiener Großbank gezogenen Scheck aus Paris zugesandt. Ein ihm befreundeter Bankier wies den Scheck zurück, da er direkt bei der Bank eingereicht werden müsse. Als Umrechnungsbetrag wurde ihm aber die Summe von 100 000 Kronen genannt. Der Kauf-mann begab sich eine halbe Stunde später zu einer Filiale der betreffenden Bank, wo ihm gesagt wurde, er werde 110 000 Kronen bekommen, aber nur in der Zentrale. In der Zentrale, wo er eine Stunde später eintraf, wurde von 115 000 Kronen gesprochen, aber es herrschte ein riesiges Gedränge, und da der Kauf-mann nicht warten wollte, verließ er den Verkauf

auf den Nachmittag. Und am Nachmittag erhielt er statt der ursprünglichen 100 000 Kr. deren 150 000!

Ein verhindertes Hochzeits-Attentat in Ser-bien. Aus Bukarest wird gemeldet, daß die rumänische und die serbische Polizei einer Verschwörung auf die Spur gekommen sind, die den Zweck verfolgte, die Könige von Rumänien und Serbien gelegentlich der Vermählungsfeierlichkeiten in Belgrad zu ermorden. Die serbische Polizei hat einen Ungarn festgenom-men, der gestanden hat, daß eine solche Verschwörung bestände.

Nur noch 600 Meter unter dem Everest-Gipfel. Nach einer Meldung von der Himalaya-Expedition zur Besteigung des höchsten Berges der Erde, des Mount Everest, gelang es einem Teil der Expedition, eine Höhe von 8268 Metern zu erreichen. Es fehlen nunmehr nur noch 571 Meter bis zur Spitze des Mount Everest. Die Expedition hat damit ihren eigen-ten Welt Höhenrekord vom 20. Mai überboten. Die Schwierigkeiten ihrer Aufgabe kann man übrigens dar-aus erkennen, daß drei Wochen vergehen, um einen so kleinen Fortschritt zu erzielen.

Diebin und Wohlthäterin. Der Budapester Po-lizei gelang es, eine merkwürdige Diebin zu erwischen. Ein junges Mädchen aus sehr reicher Familie hatte sich unter falschem Namen als Dienstmädchen ver-dingt und ihre Stellung dazu benutzt, ihre Herrschaft zu bestehlen. So stahl sie für 150 Kronen Barg-geld, die sie dann unter arme Leute verteilte. Das jung-e Mädchen erklärte, unter einem unerbittlichen Zwang gehandelt zu haben. Es wurde ein ein Sechsenhaus ge-bracht.

Eine ganze Familie vergiftet. In Stettin er-krankte die ganze Familie des Bestizers Rode nach dem Genuße von Fischen. Das Dienstmädchen und die Schwiegermutter Rodes starben an der Vergiftung im Krankenhaus. Der Schwiegervater und Frau Rode liegen noch schwer erkrankt darnieder, während der Mann und ein Hütchenjunge außer Lebensgefahr sind.

Die Nordmarkensahrt der Berliner Sänger. Im Stadttheater Flensburg gab der Berliner Lehr-er- und Gesangsverein ein großes Konzert mit starkem Erfolge. Immer neue Kundgebungen des wärmsten Beifalles zwangen den Verein zur Zugabe des Schleswig-Hol-stein-Liedes. Mit Tischerbüchsen und dem Rufe „Wir Wiedersehen!“ verabschiedete das Publikum den Verein.

Schiffunglück im Rigaischen Meerbusen. Der am 9. Juni von Königsberg nach Reval in See ge-gangene Dampfer „Börnholm“ ist bei Domesnaes im Rigaischen Meerbusen auf eine Mine gelaufen und gesunken. Ob Menschenleben zu beklagen sind, ist noch nicht bekannt.

Der 11. Deutsche Pazifik-Kongress wird vom 2. bis 4. Oktober in Leipzig stattfinden. Für die Verhand-lungen ist das Thema gewählt worden: „Rational und Inter-national“.

Der Studententag der deutschen Studentenschaften in Bonn wird von einer großen Anzahl lokaler Studentens-chaften nicht anerkannt. Deshalb wurde beschlossen, einen neuen Studententag nach Marburg einzuberufen. Er soll am 21., 22. und 23. Juli stattfinden.

Die Zahl der in Petersburg arbeitenden Unter-nehmungen ist um 60 Prozent größer als im Vorjahre. Seit dem 10. Juni landeten im Hafen 100 Auslandsdampfer.

Wegen Totschlags verurteilt. In Stargard ver-handelte das Schwurgericht gegen den Geflügelzüchter Jngenstein aus Bergland, der des Mordes, begangen an dem Nachtwächter Modcarsel aus Bergland, ange-klagt war. Modcarsel wurde von Jngenstein im Bett erschossen. Grund der Tat war, daß der Geflügelzüchter das Verbleiben eines auf dem Gute beschäftigten Mäd-chens in der Nacht vor Ostern in der Wohnung des Jngenstein gesprochen hatte. Die Geschworenen be-lagerten die Schuldfrage auf Totschlag, und das Urteil lautete auf 12 Jahre Zuchthaus und 8 Jahre Ehr-verlust.

Die französische Militär am Rhein. Auf An-ordnung des Oberkommandos der französischen Rhein-armee ist das Kriegsgeschichtliche Institut in Mainz als Spezial-gericht für politische Prozesse in der französischen Besatzungszone bestellt worden. Als erster Fall wurde eine Anklage gegen den Oberlehrer Dr. Neubauer aus Trier erhoben. Mit der Begründung, da eine in Trier abgehaltene politische Versammlung des deut-sch-französischen Jugendbundes beim französischen Kreis-belegierten nicht angemeldet worden sei und daß in mehreren Versammlungen ein Lied gesungen worden sei, das als eine Verletzung der Würde Frankreichs angesehen wird, wurde Dr. Neubauer zu einem Monat Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Bereine und Versammlungen.

Ein deutscher Kolonialkriegerbund. Die deut-schen Kolonialkrieger-Vereine, die in ihrer Mehrzahl in Halle a. S. versammelt waren, haben sich zum Deutschen Kolonialkrieger-Bund zusammengeschlossen. Die Anschrift des neuen Bundes ist Dresden-N., Jäger-strasse 14.

Tagung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisen-bahnbeamten. In Leipzig findet eine Tagung des er-weiterten Vorstandes der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten statt. Ebenso tagt dort der erwei-terte Vorstand des Deutschen Eisenbahnverbandes. Am Tage darauf wird der Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eröffnet. Es ist beab-sichtigt, Vertreter der genannten Organisationen wech-selständig an den Tagungen teilnehmen zu lassen. Die Reichsgewerkschaft soll, wie es heißt, die Absicht haben, aus dem Deutschen Beamtenbund auszuscheiden und mit Hilfe anderer radikaler Beamtenorganisationen einen neuen Spitzenverband zu gründen.

Gedenktage für den 18. Juni.
1757 Niederlage Friedrichs des Großen bei Kolln gegen die Oesterreicher unter Daun — 1815 Sieg Blüchers und Wellingtons über Napoleon I. bei Vellealliance — 1839 * Der Dichter Martin Greif in Speyer (+ 1911) — 1895 Eröffnung des Kaiser-Wilhelm-Kanals — 1905 † Der Dicht-er Hermann Lingg in München (* 1820) — 1910 † Der Maler Rudolf v. Selig in München (* 1842) — 1916 † Generaloberst Helmuth v. Moltke in Berlin (* 1848).

Berlin, 16. Juni. (Börse.) Heber die Börse hat sich schon sommerliche Stille gelegt. Die Geldknappheit, die Unsicherheit über die industrielle Konjunktur, die Zwangsanleihe und die Steuerlast drücken auf die Unternehmungslust. Vom Markt für Devisen und Dollar (316) ging eine befriedigende Wirkung aus.

Der Stand der Markt. Es folgten nach den anstehenden Notierungen der Berliner Börse am

	18. 6.	15. 6.	1914
100 Holländische Gulden	12309	12084	167, — W.
100 Belgische Franken	2596	2571	80, — "
100 Dänische Kronen	6866	6761	112, — "
100 Schwedische Kronen	8189	8019	112, — "
100 Italienische Lire	1583	1570	80, — "
1 englisches Pfund	1413	1390	20, — "
1 Dollar	316	310	4,20 "
100 französische Franken	2778	2751	80, — "
100 Schweizerische Franken	6022	5927	80, — "
100 tschechische Kronen	605	597	—, — "

Rechte Nachrichten

Das Thüringische Kreiseinteilungsgesetz angenommen.
Weimar, 17. Juni. Das Thüringische Kreiseinteilungsgesetz wurde gestern abend im Thüringischen Landtag gegen die Stimmen sämtlicher bürgerlicher Parteien angenommen. Damit ist die Entwicklung des Landes Thüringen auf längere Zeit hinaus in einer der sozialistischen Mehrheit des Landes entsprechenden Richtung festgelegt. Die bürgerlichen Parteien gaben Erklärungen ab, in denen sie gegen das Kreiseinteilungsgesetz protestierten, da ihre Anträge und Wünsche weder im Ausschuss, noch im Plenum von der sozialistischen Mehrheit angenommen oder unterstützt wurden.

Prinz Georg von Serbien für gemeingefährlich nervenkrank erklärt.
Budapest, 17. Juni. Wie das „Uhr-Abendblatt“ meldet, wurde Prinz Georg von Serbien, der sich in Paris aufhält, auf Intervention der Pariser südslavischen Gesandtschaft für gemeingefährlich nervenkrank erklärt. Er ist in eine Pariser Nervenklinik gebracht worden. Prinz Georg hatte Drohbriefe an den König Alexander und den Ministerpräsidenten Paskich gerichtet, in denen er für den Fall, daß ihm nicht seine Kronprinzenrechte zurückgegeben würden, mit Gewalttaten drohte. Die südslavische Regierung hat einen Gesandtschaftswurf ausgearbeitet, durch den Prinz Georg aller Rechte entkleidet werden soll.

Sport und Spiel.
Fußball. Anlässlich des Reichsarbeitersporttages spielt auf hiesigem Sportplatz die 1. Mannschaft der Fußballabteilung des Turnvereins „Frisch auf“ gegen die 1. Elf „Wacker 1921“ Dresden. Anstoß nachmittags 5 Uhr.

Ferkelmarkt Dippoldswalde vom 17. Juni 1922.
Ausgetrieben wurden 30 Ferkel, alle verkauft zum Preise von 700—1300 Mark pro Stück.

Wohnungsbau in Dresden, am 16. Juni. Amtl. Notierungen.
Wohnen 805 bis 815. Roggen 600—610. Sommergerste, Juni, 680—700. Hafer 690—710. Raps, trocken, „Sachs 505“ 575. Weizen 775—825. Rapsöl, neue, 570—600. Rapskuchen, 600—620. Weizenmehl 700—800. Aletine gelbe (abgen. 6.0 bis 6.2). „Sachs 445“ 455. Zuckerrübenroh, vollw. 570—630. Roggen- und Weizenmehl 170 bis 180. Salzsaure 90 bis 200. Weizenbrot, 700—720. Weizenbrot, alt, 700—720. Weizenbrot, 435—445. Roggenbrot 440—450. Weizenbrot 765—805. Weizenbrot 119—120. Frische Ware über Nacht.

Glücklich leben am Festtagstisch
Karl, Otto, Franz, Emil und Hanne.
Schweinschoteletts duften verführerisch
Aus der brodelnden, eisernen Pfanne.
Die Augen und die ledernen Mäuler bekunden,
Daß, mit Trehs Paniermehl bereitet, sie prächtig munden.

Jeden Tag frisch:
Schälgurken
Stangenspargel
Staudensalat
Erdbeeren
Otto Feller

Sie sparen viel Geld
wenn Sie jetzt kaufen
Anzüge, prima Stoffe,
Militärhosen,
sowie schwarze Tuchhosen,
Kammetter, e. gl. Leber-Rad-
fahre u. Streifhosen
Sommerjoppen aller Art,
Gummimäntel, Militärjoppen.
Dresden,
Gr. Brädergasse 41, I
2. Haus vom Postploh.
Rein Baden.
Ehndler Vorzugspreise.

**Fensterleder,
Parfettwachs,
Niemewachs,
Lederfett,
Wagenfett,
Wachsinnöl,**
empfiehlt in la Qualität billigst
Blas Arnold, Dippoldswalde,
gegenüber der Post.

**Anzugstoffe
Kostümstoffe**
In reicher Auswahl und preiswert
Friedberg Str 233 I Erg.
Rein Baden

Wanzen! Wanzen!
tötet radikal „Discret“ Zu
haben bei Herrn Kammerlich,
Drog. 3. Elf., Dippoldswalde,
Friedberg Str. 233, I. Erg.,
Ehndlerbeberg.

Wohnungstausch.
Wer tauscht Stube, Kammer,
Rüche gegen Stube u. Kammer?
H. A. L. a. N. Geschäftsstell. c. b.

Münstmaler
(Ehepaar m. 1 Kind) sucht für
dauernd **leere Wohnung**
(Stube, Kammer, Rüche, Arbeits-
raum und Zubehör) in kleinerem
Haus. D. i. erbet. u. „E. W. 6“
an die Geschäftsstelle

Arbeiter
werden angenommen.
Ziegel-Fischbach.

Frischen Seefisch
sowie echt bayerische
Saffranfische in Dosen, passend
für Pensionate und Hotels,
prima Matjesheringe
empfiehlt
Schlechers Fischhandlung,
Dippoldswalde,
Tel. 163.

Nessel,
breit und schmal, Bett- und
Rücherwäse, Schürzen und
Schürzenstoffe, Handtücher,
Anabensportbekleidung, Kopfbedeckung
usw. nach zu günstigen Preisen
bei
A. Nessel,
Sachsenpasse 127, II.

Ein Viegestuhl
wird zu kaufen gesucht
Angebote mit Preis unter „A. D.“
an die Geschäftsstelle.

Wijtenkarten :: E. Jehne

T.-V. „Jahn“

Heute Sonntag
Wandern der Kinderabteilung
durchs Mühlthal: Abmarsch:
Vormittag 10 Uhr vom „Roten
Hilf.“ Eltern beteiligt Euch;
erfreut dadurch die Kinder.

Wassfrau gesucht.
In erfahren in der Geschäftsstelle.

Wegzugshalber
12 teiliger Rauschenstall, 2x2m,
zu verkaufen Dippoldswalde,
Wolfsramdorfer Straße 12 D.

Die Verlobung ihrer Tochter
Grete
mit Herrn **Wilhelm Bailer,**
Deilmagnetopark in Ullersdorf
beehren sich anzugeben
Bergdirektor **E. A. Morgenstern u. Frau**
geb. Baldauf.
Grete Morgenstern
Wilhelm Bailer
Verlobte.
Schmiedeberg, Bez. Dresden, den 18. Juni 1922.

Stern-Lichtspiele.

Sonntag abend 1/9 Uhr der große Hans-Miendorf-Rolloff-
Detektiv-Film:

Verschleppt!

Das Abenteuer eines Milliardärs in 5 gewaltigen Akten. In der
Hauptrolle der weltberühmte Darsteller Hans Miendorf als
Meister-Detektiv.

Der bedeutendste Publikum-Erfolg dieser Saison.

Dazu ein köstliches Lustspiel.
In zahlreichem Besuche laßt freundlichst ein **Früh Krücker.**

Geschäftseröffnung

Unserer verehrten Rundschaft zur gest. Kenntnis, daß wir
Bahnhofstraße 250,
gegenüber der Post, ein Geschäft für

elektrische Bedarfsartikel

eröffnet haben. Durch reiche Auswahl sind wir in der Lage, auch
den vorzüglichsten Kunden bedienen zu können.

Um gest. Zuspruch bitten
Ulrich & Weber,
gepr. Elektromeister.

Sozialdemokratische Partei
Reinhardtsgrimma und Umg.

Heute Sonntag den 17. Juni abends 1/8 Uhr
im Gasthof zum Löwen

öffentliche Versammlung.

Der Landtagsabgeordneter **Wolff** freilich laßt über
Die politische Lage — Volk-begehren — Volksentwürfe
Alle Einwohner sind herzlich eingeladen.
Der Einberufer.

Fahrräder

werden wie neu vernickelt und emalliert. Rahmenbrüche, sowie
sämtliche Reparaturen führt schnellstens und sachgemäß aus
Mechanische Werkstatt u. Emailier-Anstalt
Karl Beyer, Altenberger Straße 185.

Wenn Sie Ihren
Besitz verkaufen
wollen, so verflumen Sie nicht den
richtigen Zeitpunkt!

Noch ist es möglich, einen hohen Preis zu erzielen. Höhere Dar-
legungen über das Für und Wider gibt kostenlos Ernst Tierske,
Königs-Adligswald bei Dresden, welcher auch Verläufe ver-
schwiegen und günstig vermittelt.

Prima Stutfohlen 1 1/2 Jahr alt,
braun,
verkauft oder verläuft auf **Arbeitspferd.**
Paul Wolf, Dippoldswalde.

Suche zu kaufen:
2 Panjepferde

Offerten mit Angabe des Preises, Alters, Farbe unter „E. 100“
an die Geschäftsstelle.

**Schlacht-
pferde**
kauft
zum nächsten Tagespreis
Wohlschlächter Paul Biebo,
Tel. 97.

Ein
mittelstarkes **Arbeitspferd**
wird aus Privatland zu kaufen
gesucht. Angebote unt. „A. 10.“
an die Geschäftsstelle.

Ein
mittelstarkes **Arbeitspferd**
wird aus Privatland zu kaufen ge-
sucht. Angebote unt. „A. 10.“
an die Geschäftsstelle.

Schulmädchen
Anberufen, wird
als Aufwartung
losgel. Freiburger Str. 238, I.

Allen lieben Freunden und Bekannten, die uns
zu unserer
Silber-Hochzeit
durch Glückwünsche und Geschenke erfreuten, sowie
Herrn Pfarrer Haase für die herzlichen Worte in
unserer Schenkung, sagen wir hierdurch unsern herz-
lichsten Dank.
Gutsbesitzer Ernst Mierisch u. Frau
Södenhof, Juni 1922. nebst Pflanztochter.

Zu feiern am 24. und 25. Juni 1922
stattfindenden
Fahnenweihe
gestattet sich der
M.-G.-B. „Eintracht“
die werthe Bürgerchaft u. Korporationen
am Sonnabend abend 8 Uhr zum Kommerz und Sonntag nach-
mittag 2 Uhr zur Weihe der Fahne höflichst einzuladen. Gleich-
zeitig bitten wir die Einwohnerchaft durch Schmäden und Plangen
der Häuser unser Best zu verschönern zu helfen. In der Hoffnung,
keine Feilbitten getan zu haben, dankt im voraus
der Gesamt Vorstand: **Wende, Vorsitzender.**

Tanzpalast zur
Falsperre Maller.
Heute Sonntag
großes Ballfest
Ballmusik, ausgeführt von der Wehrmusik-Capelle Kapelle.
Anfang 3 Uhr

Von 2 Uhr an Garten-Freikonzert
Es laßt ergebenst ein **Arthur Schmedel.**

Gasthof Berreuth.
Sonntag
feine Ballmusik
Hierzu laßen freundlichst ein **Bruno Betsch und Frau.**

Windischhaus: Restaurationsbetrieb
früher Dippoldswalde für den allgem. Verkehr geöffnet
empfiehlt sich freundlich. Schlußzeit.

Sehenswerte Malereien!
Wittelsbacher
Wein- und Bierstuben
Inh. Kurt Walter: Dresden, Moritzstr., Ecke Köhler-Joh.-Str.
Reichhaltige, anerkannt vorzügliche Frühstück-, Mittag-
und Abendkarte bei kleinen Preisen.
Erstkl. Weine - Schoppenweine - Echte Biere
Täglich Künstler-Konzert
Lebhafter großstädtischer Verkehr. Keine Dielenpreise

Strohpresen „Dippolda“
mit patentierter Strohpresse durchführung
sind wieder fertiggestellt und empfiehlt dieselben preiswert
Maschinenfabrik Dippoldswalde
Erich Böhme, Dippoldswalde.

Autogene Schweißarbeiten
fährt preiswert aus
Auto-Reparatur W. Dietrich, Dippoldswalde
Bahnhofstraße 19c. **Telephon 181**

Heute nachmittag 1/4 11 r verschied nach längerem,
mit großer Geduld erlagene. Ruhend mein li der
Gatte, unser treuer, geliebter Vater, Groß- u. Schwieger-
vater, der Privatier
Karl Heinrich
Hermann Scheumann
früherer Geschäftsbesitzer in Dittersbach bei Frauenstein
im 74. Lebensjahre.
In tiefer Trauer:
Die Familie Scheumann.
Södenhof, 16. Juni 1922.

Die Beerdigung findet Montag den 19. Juni
nachmittags 3 Uhr statt.

Sächsisches

Unbauflächenhebung. Dem Vernehmen nach besteht in landwirtschaftlichen Kreisen eine Abneigung bei der diesjährigen Erhebung der Unbauflächen mit zuwirken, weil diese Erhebung mit der Getreideumlage in Verbindung gebracht wird. Eine solche Auffassung beruht auf durchaus irrigen Voraussetzungen. Die Getreideumlage muß lange berechnet sein, bevor die Ergebnisse der Unbauflächenhebung vorliegen können. Auf der anderen Seite liegt eine möglichst zuverläßliche Einschätzung der Ernteergebnisse nicht nur im Interesse der Gesamtwirtschaft, sondern ebenso sehr in dem besonderen Interesse der Landwirtschaft wie des Handels. Es ist daher eine dankbare Aufgabe für eine geeignete Auffklärung zu sorgen, um die Landwirtschaft vor Schaden zu bewahren und unnötige Beunruhigungen der öffentlichen Meinung so wie unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonders schwerwiegende Verzerrungen zwischen den einzelnen Berufskreisen zu vermeiden.

Postkarten mit Antwort nach dem Auslande. Der Antwortteil der aus Deutschland nach dem Auslande gerichteten Postkarten mit Antwort muß in jedem Fall voll freigemacht sein. Solche Postkarten, deren Antwortteil nicht mit Freimarken in Höhe der vollen Gebühr (zurzeit 2,40 Mark) freigemacht ist, werden den Absender zur Vervollständigung der Freimachung vorgelegt und, wenn er die Vervollständigung ablehnt zurückgegeben. Ist der Absender nicht bekannt, so wird die Postkarte mit Antwort an diesem Anlaß nicht mit Gebühren belegt. Im übrigen hat, wie wir hören, das Reichspostministerium angeordnet, daß Postkarten mit Antwort nach dem Auslande, wie es überhaupt für Postkarten, Kartenbriefe usw. vorgeschrieben ist, kein Verkauf an das Publikum vor der Ausgabe durch Nachleben von Freimarken auf die geltenden Werte gebracht werden sollen.

Das verbotene Rauchen. Herr Groener, deutscher Reichsverkehrsminister, scheint ein geschworener Feind des Nikotins zu sein, denn anders könnte man sich die wilde Jagd seiner Untergebenen an rauchende Individuen nicht erklären. Während früher ein Raucher, der sich im harmlosen Zerkum mit seinem Kinnbündel in ein Nichtraucherabteil oder einen Wartesaal der Eisenbahn begeben hatte, mit einem kühnen Verweis wegsam, muß jetzt sofort eine Strafe erlegt werden, wenn ein Bahnpolizeigewaltiger einen Raucher an verbotenen Orte ertappt. Der ehrenwerte Antirauchminister hat sogar ausdrücklich auf eine Anfrage hin betont, daß er auf die Bestrafung der Raucher, die in Nichtraucherabteilen und Zugängen rauchten, nicht verzichten könne, weil er die Interessen der Nichtraucher wahrnehmen müsse. Eine Zigarre, eine Zigarette oder eine Pfeife ist also auf der Eisenbahn mit Vorbehalt zu genießen.

Die Linde. Die letzte Blüte unserer Vegetation ist die Lindendolde. Nun ist auch sie herbeigebrochen und verbreitet ihren Duft über Gärten und Fluren. Wein, Roste und Linde, wie oft sind diese drei im Liebesbunde gewesen, aber weder Wein noch Roste ist so eng wie die Linde mit dem Volksbewußtsein und dem Volksgedächtnis verbunden; ja, mehr noch als die alte deutsche Eiche ist die Linde ein echter Baum des Volkes. Die Sage berichtet von Siegfried, dem Helden, dem ein Lindenblatt auf die Schulter fiel, ehe er sich im Drachenblute badete, Walter von der Vogelweide sah mit seiner Traute am liebsten unter der Linde auf der Heide — so geht die Poesie der Linde durch alle Zeiten hindurch bis hin zum frohlichen Sang von der Lindendolde und bis zur Linde „am Brunnen vor dem Tore“. Wie mancher Lindenbaum steht noch heute als Zeuge aus alter Zeit! In allen möglichen Gegenden trifft man auf sagenumwobene, erinnerungsreiche Linden. Unter der Gerichts-Linde wurde ehemals Recht gesprochen, unter der Dorf-Linde wurde getanzt, unter der Linde am Hause ruhten nach des Tages Arbeit die Alten noch ein Stündchen aus und betrachteten wohl auch die mancherlei Einschnitte in der Linde, die an Schmerz- und Freudentage des Hauses erinnerten. Das Staats-, Gemein- und Familienleben war eng mit der Linde verwachsen, und so wurzelt der Baum noch heute im Herzen unseres Volkes. Sein Blühen aber läßt uns besonders aufleben, denn nun ist die schönste, die wonnigste Zeit gekommen.

— 9388 Tote und 591 922 Verletzte verzeichnet der Jahresbericht 1920 der Unfallversicherung. Renten erhielten 774 903 Personen und zwar 170 039 330 M.

— Ein Rückgang des Vermögens der Stadt Dresden ist im Rechnungsjahr 1920 nach dem jetzt im Druck erschienenen Vermögensverzeichnis der Stadt eingutreten. Das Gesamtvermögen der Stadtgemeinde, das Ende März 1920 rund 515 270 000 M. betrug, war Ende März 1921 auf 457 310 000 Mark, also um fast 57 960 000 M. zurückgegangen. In diesem Rückgang sind das Stammvermögen mit reichlich 13 000 000 M., die Sondervermögen mit ziemlich 45 000 000 Mark beteiligt. Die Abnahme des Stammvermögens ist hauptsächlich eine Folge des Rückganges des Vermögensbestandes bei der städtischen Straßenbahn, die zur Deckung ihrer Betriebsverluste von 1919 und 1920 ein Darlehen von reichlich 28 000 000 M. aufnehmen mußte, durch Verbesserung und Erweiterung ihrer Betriebsanlagen aber nur einen Vermögenszuwachs von knapp 11 000 000 M. zu verzeichnen hatte. Das Vermögen der Straßenbahn hat somit einen Rückgang um reichlich 17 000 000 M. erfahren. Das Ver-

mögen der Schulgemeinde stieg Ende März 1920 um reichlich 1 800 000 auf 16 800 000 M.

Rabenau. In der Elternratswahl beteiligten sich 90% der Stimmberechtigten. Gewählt wurden 4 christliche und 5 weltliche Vertreter.

Dresden. Wie schon kurz gemeldet, beschloß die erweiterte Vorstandssitzung der Bezirksvereine Dresden-Süd und Dresden-Südvorstadt einmütig, der Stimmung der Einwohner dieser Stadtteile Rechnung tragend, allerhöchsten Widerspruch gegen die Bebauung des Bismarckplatzes bei dem Rat zu Dresden und dem Stadtverordnetenkollegium einzulegen. Aus der an den Rat gerichteten Eingabe sei das folgende herausgehoben: Das Projekt selbst und dessen Schöpfer in allen Ehren, wir können aber unsere Verwunderung darüber nicht verhehlen, daß man für diesen Plan einen der schönsten und markantesten Schmuckplätze Dresdens opfern will und eine Stadtverwaltung hierzu gar noch ihre Zustimmung geben kann. Der Bismarckplatz ist einer der beliebtesten und kreuz und quer meistbegangenen Schmuckplätze Dresdens, und seine Anlagen kommen gerade jetzt, nach einem nahezu 50-jährigen Bestand, zur vollen Auswirkung. Seine herrlichen Baumbestände und die gärtnerischen Anlagen sind der gesamten südblichen Bevölkerung so ans Herz gewachsen, daß sie diese Erholungsstätte um keinen Preis mit einem feineren Respektloshaus eintauschen möchte. Wir sind auch der Meinung, daß der Platz die monumentale Wirkung der gesamten Bahnhofsanlage hebt und als Erholungsstätte für Erwachsene und Kinder einem wichtigen Bedürfnis Rechnung trägt. Außerdem verleiht der Bismarckplatz in verkehrstechnischer Hinsicht der gesamten Südvorstadt insofern besondere Vorteile, weil sich der Hauptverkehrsstrom zu diesem Stadtviertel vorwiegend nur durch die Unterführung am Hauptbahnhofe ergießt und somit eine verteilende Ausstrahlung des Verkehrs nach allen Richtungen bewirkt. Eine Bebauung würde aber ganzen Teilen der Südvorstadt durch Abschneiden und Umleitung des freien Zuganges sehr beachtlichen Schaden verursachen. Von unserem Rechtsbewußtsein wird uns zu dieser Frage übrigens mitgeteilt, daß der Bismarckplatz als öffentlich Verkehrsraum zu gelten hat und daß eine Bebauung desselben nach § 12 der Dresdner Bauordnung unzulässig ist. Da ein öffentliches Gebäude im Dienst der Allgemeinheit nicht in Frage kommt, wäre eine Änderung der Bebauungsbestimmungen nötig, die nur nach öffentlicher Auslegung bzw. nach Gehör aller Anlieger und auf Grund ministerieller Genehmigung erst Gesetzeskraft erlangen könnte. Einer solchen Veränderung der Bebauungsbestimmungen möchten wir aber heute schon auf das entschiedenste widersprechen und vorsorglich bei einer Abweisung unseres Widerspruchs wegen etwaiger Fristversumnis Rekurs erheben.

Wilsdruff hat Kirshen gepachtet und verkauft jetzt das Pfund für 6 M.

Meißen. Bei den am Sonntag hier stattgefundenen Elternratswahlen wurden in den drei hiesigen Volksschulen zusammen 14 christliche und 15 weltliche Vertreter gewählt.

Seidenau. Die Einführung der kostenlosen Totenbestattung ist vom hiesigen Gemeinderat endgültig beschlossen worden. Es sollen gewährt werden der Sarg mit Zubehör, event. die Bekleidung der Leiche, die Entschädigung für die Leichenfrau und die Kosten für den Leichenwagen und die Träger. Die Friedhofsgebühren werden von der Gemeinde nicht übernommen. Das Ortsgesetz bedarf noch der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Es soll am 1. Oktober in Kraft treten. Die bürgerlichen Gemeindevorsteher stimmen dagegen. Sie lassen erklären, daß sie für Gewährung von Beihilfen zu den Bestattungskosten an Minderbemittelte und für Einstellung eines entsprechenden Betrags in den Haushaltsplan seien, für die allgemeine Einführung der kostenlosen Totenbestattung wegen der damit verbundenen ungedeckten hohen Belastung der Gemeinde aber nicht stimmen könnten.

Pirna. Ab 1. Juni betragen die Preise im Volksbade 12 M. für ein Wannen- und 6 M. für ein Brausebad. — Ab 1. Juli beträgt die Aufwandsentschädigung für Stadträte und den Stadtverordnetenvorsteher 2000 M., für die Stadtverordneten 1500 M. im Jahre.

Pirna. Vom Bezirksausschuß des Handwerks wird dem „Pirnaer Anzeiger“ geschrieben: In Handwerkskreisen sind Bedenken aufgekomen, daß eine Kontrolle über die ausgelagerten Listen über das Volksbegehren zum Volksentscheid bzw. über die tatsächliche Zahl der geleisteten Personenerklärungen nicht möglich ist, weil bei den Eintragungen die laufende Nummer nicht mitgeführt wird. Hierzu möchte bemerkt werden, daß die aufgelegten Listen von den antragstellenden Parteien und nicht von der Behörde beschafft worden sind und die letzteren die Listen nur auslegen und die Eintragungen überwachen. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die beteiligten politischen Parteien allen Möglichkeiten Rechnung getragen haben und daß die auftauchenden Bedenken demnach hinsichtlich sind. Eine nachträgliche Abwicklung der Ausfüllung der Listen geschieht in Sebnitz. Der dortige Stadtrat läßt die Listen verdeckt aufliegen, so daß die vorangegangenen Einzeichnungen nicht zu sehen sind. Die Listen werden automatisch bei jeder Eintragung weitergerückt. Auf keinen Fall dürfte sich der Handwerksmeister und Geschäftsinhaber davon betren lassen, daß er durch die Einzeichnung in die Liste zum Volksbegehren eine Geschäftsschädigung durch das Vorkotieren seiner Person zu befürchten habe. Ein jeder, der mit den Maßnahmen der jetzigen Machthaber in unserem Sachsenlande nicht einverstanden ist, kann bei dem Volksbegehren seiner Stimme Ausdruck geben. Dem

Gewerbetreibenden bleibt nur eine Wahl übrig, entweder selbst mithelfen an der Untergrabung seiner Existenz, oder er sorgt mit dafür, daß die einseitige Parteipolitik verschwinde. — Jergendwelche Besorgnis wegen Geschäftsschädigung muß unbedingt als hinfällig gelten. Auch heute noch ist und muß politische Freiheit oberstes Recht der Staatsbürger sein, das niemand schmälern darf. Gerade die der jetzigen Regierung nahe stehenden Kreise haben stets das Recht der politischen Meinungsfreiheit gefordert.

— In der letzten Stadtverordnetenversammlung kündigte der Bürgermeister eine Anleihe von 10 bis 12 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbau an.

Wilschdorf. Unsere Gossesackerkirche wird mit einem Anlagenaufwand von 25 000 M. elektrisches Licht erhalten.

— Die hiesige Herberge „zur Heimat“ erhielt bei ihrer Jubiläumssammlung über 3500 M. in bar und Wäsche spenden, womit der Herbergsbetrieb wieder für die nächste Zeit gesichert erscheint.

Jittau. In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Stadtrates und der Stadtverordneten von Jittau wurde die Aufnahme einer Gesamtanleihe von 33 Millionen Mark sowohl vom Stadtverordnetenkollegium, als auch vom Stadtrat einstimmig beschlossen. Von diesem Kapital sollen u. a. insgesamt 17 500 000 M. für Wohnungsbauten und 10 000 000 M. für Um- und Erweiterungsbauten des Stadtkrankenhauses Verwendung finden.

Mittweida. Der Bezirksverband stellte zur Bekämpfung der Wohnungsnot 12 Millionen Mark in den Haushaltplan ein und bewilligte leistungsschwachen Gemeinden zur Unterbringung Kranker 300 000 M.

Empfehlenswerte Ausflugsorte und Sommerfrischen

Geising a. Bahnhofs-Hotel
Bes: Max Hank
Schöne Fremdenzimmer / Bezahl. Gasträume / Anerkannt gute Küche / Beste Biere und Weine
Auto-Unterkunft / Stallungen
Elektr. Licht / Fernspr. Amt Lauenstein 31

Hickmanns Restaurant Dippoldswalde
empfehl. seine Kollatitäten. Gute Küche. Eigene Fleischerei. Gutgepflegte Biere und Weine. Hebrachtung.

Oberer Gasthof Reichstädt
bringt den verehr. Vereinen, Touristen usw. seine bezahl. Kollatitäten in empfehl. Erinnerung. Großer Saal. Stallung für 50 Pferde. Eigene Fleischerei. Tel. Amt Dippoldsw. 63. Reinhard Preßler.

Gasthof Schmiedeberg
I. Ordeh. (direkt am Bahnhof gelegen)
Inh. M. veron. Schenk (Tel. 5 Amt Schmiedeberg-Ripsh.) empf. bezahl. Collt. m. Geleise. Zimmer, Pavillon, gr. Gart. m. Veranda. Gr. eleg. Saal m. Ork. Bel. vord. Verpfl. Bestgepl. Weine erster Firmen. ff. Biere, andere Getränke. Antonunterkunft. Ausspannung

Buschmühle Schmiedeberg.
Beliebte Sommerfrische.
Station vor Ripshdorf in malerischer, idyllischer Umgebung und auf schattigen Waldwegen bequem von allen Seiten erreichbar. Ausgangspunkt lobn. Wehrstouren. Beste Verpflegung. Vorzähl. Weine. Kollat. Regal. Bad. Söder im Hause. Tel. Amt Schmiedeberg. Ripsh. 12. A. Arumpolt.

Luthort Ladenmühle
Herl. geleg. inmitten malerischer Wälder, ganz. Naturfr. beliebt. Touristenziel (Fremde-z.) Ausp. Bürgl. Verpfl. 3 mäh. Preis. Tgl. fr. Forellen. Hochacht. Crw. Wärtlich. Fernspr. Schmiedeberg. Ripsh. 156.

Hirschsprung
Fremdenhof. Höhenluftort. Fernspr. Lauenstein 85. Staudir. u. Königl. Walde geleg. Beste Verpflegung. 6. Zimmer. Karl Wöner.

Hotel „zur Post“, Altenberg (Erzgebirge)
Inkl. Zimmer mit und ohne Pension. Anerkannt beste Verpflegung. Eig. Konditoreibäckerei. Saal und Gesellschaftszimmer. Garage. Von Vereinen u. Schulen bes. besucht. Fernspr. Lauenstein 41. Max Rißig.

Gasthof Seifersdorf
(am Wege zur Talpette) von Ausflüglern, Vereinen und Schulen gern besucht. Schattiger Garten, großer Tanzsaal. ff. Verpflegung. Telephon Amt Dippoldswalde 165. Alwin Geier.

Possendorf Windmühle direkt am Bahnhof gel. herl. Fernspr. best. Ausflugsz. i. Vereinen usw. itaubfr. Veranda, id. Gart., ff. Verpfl. P. Sommer
Müdenhainer Höhe bei Glasütte mit einzigartigem malerischem Bild ins Wäldertal empf. Vereinen u. Ausflügl. neu eingerichtet. Part. Gesellschaftszimmer. Anz. g. Küche, preisw. Weine u. gutgepl. Biere. Regal. Frg. Wagner.

Werdau. Vom 21. Sächsischen Feuerwehrtag wurde ein Antrag des Landesausschusses, den Branddirektoren der Berufsfeuerwehren in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Plauen und Zwickau Sitz und Stimme im Landesausschuss der Freiwilligen Feuerwehren zu gewähren und aus diesem Grunde § 11 des Grundgesetzes abzuändern, nach bewegter Aussprache mit Mehrheit abgelehnt, dagegen ein Antrag des Chemnitzer Verbandes, die Angelegenheit zu verlagern und zunächst eine Kommission zur weiteren Beratung der Angelegenheit zu wählen, angenommen. Angenommen wurde ferner ein Antrag des Landesausschusses, für diese Körperschaft die Rechte einer juristischen Person zu erwerben. Als Tagungsort für den nächsten Sächsischen Feuerwehrtag im Jahre 1925 wurde mit großer Mehrheit Freiberg gewählt. Zur Frage der Unfallversicherung der Feuerwehrlente soll auf Antrag des Kreisverbandes Zwickau-Glauchau-Werdau die Regierung ersucht werden, ein Gesetz zu erlassen, nach welchem alle Gemeinden verpflichtet sind, die Mitglieder ihrer Freiwilligen Feuerwehren gegen Unfall zu versichern.

Penig. Einen Strafbefehl über 3000 M. oder 20 Tage Gefängnis hatte ein hiesiger Hausbesitzer erhalten, weil er in seinem Hause eine vom Wohnungsamt beschlagnahmte Wohnung ohne Genehmigung weitervermietet und die Hälfte einer anderen in seinem Hause freigewordenen Wohnung für sich behielt. Der beim Schöffengericht erhobene Einspruch hatte nur teilweisen Erfolg. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 2000 M. oder 20 Tagen Gefängnis.

Aue. Im alten Stadtverordnetenrat zu Aue ist die erste Ausstellung des Museumsvereins eröffnet worden. Sie veranschaulicht die Entwicklung der Stadt Aue.

Schöneck. Der Stadtdgemeinderat hat die Hundesteuer vom 1. April ab erhöht und zwar auf 200 M. für den ersten und 400 M. für jeden weiteren Hund. Auf Vorschlag des Finanzausschusses ward auch die Einführung einer Hockersteuer mit Stimmgleichheit beschlossen. Die Steuer beträgt 3 M. für die Zeit von 1—3 Uhr nachts und 10 M. für spätere Zeit. Die Erhebung der Steuer hat durch die Gastwirte zu erfolgen. — Eine Kurtaxe für Sommerfrischler gibt es neuerdings auch hier. Sie beträgt 10 M. für eine einzelne Person, 15 M. für ein Ehepaar und 25 M. für eine Familie.

Rehnschau. Auf dem Schützenplatze fand unter Leitung des hiesigen Rittergutspächters Amtmann Pevold eine auf beschränkte Rinder- und Schaf-Veranstaltung dieser Schau waren die drei vogtländischen Herdbuchvereine. Die ausgestellten Tiere gehörten der vogtländischen, der Simmentaler und der buntpunktigen Niederungsziehrasse an. Sie waren von erstklassiger Art und wurden vorwiegend prämiert. Anwesend waren ein Regierungsvertreter und ein Beauftragter der sächsischen Herdbuchvereine. Die zahlreich erschienenen Besucher, insbesondere aus den Kreisen der Landwirtschaft, sprachen sich lobend über das Gesehene aus.

Auerbach. Den Stadtverordneten ist vom Räte die Vorlage einer Musiksteuer zugunsten der Stadtkapelle zugegangen.

Plauen i. V. Dem Appetit nach vogtländischen Klößen erliegen. Der jugendliche Arbeiter Karl August Pröll aus Plauen sollte eine Gefängnisstrafe von 7 Monaten und 2 Wochen in dem Jugendgefängnis Wachsen antreten. Bevor er sich aber zum Strafantritt meldete, wollte er noch einmal vogtländische Klöße essen. Die dazu nötigen Kartoffeln bedürftig er gemeinsam mit seinem Schwager, dem Maler Kurt Paul Bachmann, der eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren anzutreten hatte, seinem Vater zu stehlen. Die beiden auf vogtländische Klöße verpönten Diebe gerieten unglücklicherweise an zwei falsche Keller und wurden, noch ehe sie die Schlösser geöffnet hatten, von einem Schutzmännchen, der durch ihr Licht angelockt, in das Haus eingetreten war, gefasst. Als die Hausfrau knarrte, ließen sie von den schon beschädigten Schlössern ab und suchten zu entkommen, ließen aber dem Beamten in die Hände. Das Schöffengericht verurteilte Bachmann wegen versuchten schweren Diebstahls im Rückfall zu 6 Monaten Gefängnis und Pröll wegen versuchten einfachen Diebstahls zu einem Monat Gefängnis.

Landjugend — Landschule — Landwirtschaft!

Die Tatsache, daß die Zukunft des deutschen Vaterlandes im wesentlichen auf der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft beruht, kann nicht bestritten werden. Es ist also Aufgabe des Staates und der landwirtschaftlichen Organisationen, Mittel und Wege zu finden, unsere landwirtschaftliche Produktion auf die höchste erreichbare Höhe zu bringen.

Die Vorbedingung der Produktionssteigerung aber ist eine allgemeine, sachliche Vorbildung der Landjugend.

Seit langer Zeit ist der Großgrundbesitz dazu übergegangen, sich die neuzeitlichen wissenschaftlichen Methoden und Erkenntnisse nutzbar zu machen mit dem Erfolge, daß der landwirtschaftliche Großbetrieb eine intensive Wirtschaft zum Wohle der Allgemeinheit treiben konnte. Lehrstühle an den Universitäten sowie landwirtschaftliche Hochschulen boten die Möglichkeit, dem wohlhabenden Landwirte alle Kenntnisse zu vermitteln, deren er bedurfte.

Der mittlere und kleine Landwirt aber, der aus mannigfachen Gründen weder jene Institute noch auch nur eine landwirtschaftliche Winterschule besuchen konnte, war und ist noch heute von der Möglichkeit ausgeschlossen, die Ergebnisse der modernen Agrarwissenschaft seinem Betriebe nutzbar zu machen.

Das kann nur geschehen, wenn die Landschule zu einer wirklichen Berufsschule umgestaltet und wenn die Stellung der Landlehrer so gehoben wird, daß Berufsfreudigkeit und Liebe zur Scholle, auf der es einmal steht, ihn erfüllen.

Was nun Vorschläge zu einer geeigneten Schulreform anlangt, so haben Fachleute sich dahin geeinigt, daß es notwendig sei, nicht nur in den Oberklassen der Landschule landwirtschaftlichen Unterricht zu erteilen, sondern auch eine obligatorische Pflichtfort-

bildungsschule für die Jugend beiderlei Geschlechts vom 14. bis zum 18. Lebensjahre einzurichten.

Das Programm des landwirtschaftlichen Unterrichts muß sich den örtlichen Verhältnissen anpassen unter allen Umständen aber umfassen: Ackerbau und Bodenkunde, Getreide-, Kartoffel-, Rüben- und Obstfruchtbau, Auswahl des Saatgutes, Wesen der Düngung, Schädlingsbekämpfung, Aufbewahrung der Früchte, Fisch- und Bienenzucht, außerdem (besonders für Mädchen) die Bedeutung der Milchwirtschaft und ihren hygienischen Betrieb, Gartenbau und Geflügelzucht.

Ist die Reichsregierung bereit, sich mit allen Nachdruck für diese Gedanken einzusetzen und ihnen durch Einrichtung von Ferienkursen für Lehrer noch in diesem Sommer zur Verwirklichung zu verhelfen!

Geldentwertung und Preisbildung.

Im alltäglichen Leben hört man das Publikum vor allem die Frauen, über die Teuerung auf dem Warenmarkt bewegliche Klagen anstimmen. Namentlich die letzten Wochen haben wieder eine ganz gehörige Preiswelle gebracht, die ihren Höhepunkt noch nicht ganz erreicht hat. Es ist aber viel weniger eine Vertuerung der Waren, um welche es sich bei den Preissteigerungen handelt, sondern vielmehr eine Entwertung des Geldes, die den nominell so hohen Preisstand der Waren herbeiführt. Meist wird man sagen müssen, die Waren steigen im Preise, weil das Geld schlechter geworden ist, nicht weil die Waren teurer geworden sind. Man kann nun freilich von der Masse des Publikums nicht verlangen, daß es im täglichen Verkehr die hauptsächlichsten Ursachen der derzeitigen Preissteigerung begreift. Denn dadurch, daß die Verteilung des schlechten Geldes auf die Bevölkerung sehr ungleichmäßig erfolgt, und erst erfolgt, nachdem der Staat für einen wesentlichen Teil diese papierernen Geldmittel dem Warenmarkt ohne anderen Gegenwert als Papier große Vorräte entnommen hat, so entsteht ein immer größeres Mißverhältnis zwischen dem Einkommen und den Kosten des täglichen Bedarfs. Man ist sich nicht klar darüber, daß das Einkommen ganz wesentlich geringer geworden ist, da es ja nominell um ein Vielfaches höher ist, als jemals in Friedenszeiten. Aber die Kaufkraft ist trotzdem schwächer als die Kaufkraft des nominell niedrigen Einkommens bei gutem Gelde. Daß alle Preissteigerungen als Teuerung bezeichnet werden, ist also durchaus falsch, aber durchaus verständlich, wenn man bedenkt, daß auch in Krisen der heute maßgebenden Schichten der nennliche Zeitraum schließt und die Wirkung der Geldentwertung auf die Höhe der Warenpreise noch immer nicht begriffen wird. Daß neben der Geldentwertung auch noch eine Teuerung zu beobachten ist, wird nicht bestritten, aber das Niveau der Warenpreise wäre bei gutem Gelde höchstens zwei- bis dreimal so hoch, während infolge der Geldverschlechterung die Warenpreise im Durchschnitt fast um dreifachmal so hoch stehen wie in der Vorkriegszeit. Daß die Teuerung der Waren erst in zweiter Linie steht, sehen wir daraus, daß die Ausländer mit ihrem guten Gelde nirgends so billig leben wie in Deutschland, was eben nur möglich ist, wenn die Ursache der hohen Preise vor allem in der Geldverwässerung liegt. Wegen dieser verhältnismäßigen Billigkeit sind auch die deutschen Städte, vor allem Berlin, von Ausländern geradezu überschwemmt. Und diese Ueberflutung wird noch von manchen Seiten als ein großer Vorteil betrachtet, indem dadurch viel Geld ins Land komme, wobei nur übersehen wird, daß wir dagegen viel zu billig Waren weggeben müssen, die unser Volk selbst gebrauchen könnte, die es aber wegen der ungleich wirkenden Geldentwertung immer weniger zu kaufen in der Lage ist. Man sollte annehmen, daß der ganze Kampf des Publikums und vor allem der maßgebenden Personen gegen die Geldverwässerung gerichtet wäre, aber es ist merkwürdig, daß man dem Staat seine ganze einzigartige Betrugswirtschaft hingeben läßt, als ob das nun mal so sein müßte. Man kann mit Sicherheit darauf rechnen, daß in der Tagespresse und im Parlament neunmal gegen die Vertuerung der Waren ein Angriff unternommen wird, bis auch nur einmal die Geldentwertung an den Pranger gestellt wird. Da werden die Landwirte, die Händler, die Fabrikanten und wer weiß nicht wer alles des Wunders begehrt; der Hauptschuldige aber, der Staat mit seiner Notenpresse, der die Besigenden und Arbeitenden immer mehr auslaugt und immer ärmer macht, der bleibt unbehelligt. (J. J. B. B.)

Elektrizität auf dem flachen Lande.

Die Elektrizitätsversorgung ländlicher Gebiete vollzieht sich in rascher Entwicklung. Die Dörfer und Güter sind aufzudecken, wenn sie nur, und sei es auch mit großen Opfern, den Anschluß an eine Ueberland-Zentrale erreichen können. Man denkt hierbei zunächst an die Befriedigung eines außerordentlich dringenden Bedürfnisses durch Beschaffung von elektrischer Energie für Beleuchtungsanlagen und Kraftbetriebe. Gleichzeitig mit dem technischen Ausbau nimmt die Machtfrage der Ueberland-Zentralen zu.

Das Reichsgesetz über die Elektrizitätsabwirtschaftung führt die großen Kraftwerke über 5000 KW und die großen Fernstromversorgungsanlagen über 50 000 Volt Betriebsspannung in Reichsbefehl über.

Die Stromverteilung liegt öffentlich-rechtlichen Aktien-Gesellschaften ob, deren Betriebsgebiete ganze Provinzen und Landestteile umfassen. Benachbarte Werke suchen technische und wirtschaftliche Anknüpfung herbeizuführen. Umfangreiche Bauwerke an Fernstrecken, Umspann- und Verteilungsstationen mußten in den Zeiten zunehmender Teuerung errichtet werden. Vieles waren auch kostspielige Erweiterungen und Neubauten von Kraftstationen erforderlich. Die Erzeugungskosten sind durch das stetige Steigen der Braunkohlen- und Steinkohlenpreise ebenfalls ständig höhere geworden. Die Strompreistarife passen sich den äußeren Wirtschaftsverhältnissen angemessen an.

Aufgabe der Konsumenten ist es nun, darüber zu wachen, daß die Notwendigkeit der Strompreissteigerung nachgewiesen wird. Der Einzelne in der Schar der Millionen von Stromverbrauchern ist natürlich so gut wie machtlos. Hier kann nur genossenschaftliche Zusammenfassung helfen.

Gerichtssaal.

Die „Marcellaise“ und der Reichspräsident. Reichspräsident Ebert hat wegen eines Artikels „Hwang zur Lage“, in dem behauptet wurde, er habe im vorigen Frühjahr bei einem öffentlichen Empfang seinen Gästen die Marcellaise und „Gob save the King“ vorgelesen lassen, gegen die „München-Augsburger Abendzeitung“ Strafantrag stellen lassen.

Volkswirtschaft.

3. Ausbau des Hamburger Hafens. Die Senatovorlagen zum Ausbau des Hafens, die 150 Millionen als erste Rate für die Arbeiten im Hafen erfordern, wurden von der Hamburger Bürgererschaft einstimmig genehmigt.

3. Die Zuckerverarbeitung. Im Reichsernährungsministerium wurde erneut über die Verteilung der in Deutschland befindlichen Restbestände an Mundzucker verhandelt. Alle Industrien erhoben die Forderung, von den noch verfügbaren zwei Millionen Doppelzentnern Sonderzuteilungen zu erhalten. Die Vertreter des Handels und der Konsumenten wandten sich jedoch in schärfster Weise gegen dieses Begehren. Der Vertreter des Kleinhandels wies besonders darauf hin, daß die vorhandenen Zuckermengen so gering seien, daß die noch vorhandenen Bestände auf den Kopf der Bevölkerung eine verfügbare Menge von rund 300 Gramm ergäben. Nach längerer Aussprache wurde schließlich den Marmeladenfabriken und dem Süßwarengewerbe eine geringe Menge einbehaltener Zuckers zugewandt, da beide für die Versorgung der Bevölkerung eines billigen Zuckers bedürfen. Die Exportfabriken und die Molkereien, ebenso der größte Teil der Konfektindustrie soll dagegen lediglich Auslandszucker verarbeiten.

3. Berlin, 15. Juni. (Börse.) Lieber die Märkte hat sich wieder Umwälzung gezeigt und die Tendenz der Börse ist wieder Schwach geworden. Die Kursgerichte der letzten Wochentage zeigen jedoch langsam ab. Vom Markt für Weizen und Dinkel (310) fehlte jede Anregung.

3. Berlin, 15. Juni. (Warenmarkt.) Amtliche Notierungen für 50 Kilo ab Stationen: Weizen Märkischer 738—743, Sommergerste 735—743, Roggen Märkischer, Sommergerste 572—576, Sommergerste 650 bis 670, Hafer Märkischer 612—620, Sommergerste 605—615, Winterpomeraner 590—600, Mais La Plata 505—508, ohne Provenienz 545—548, Weizenmehl (100 Kilo) 1200—2000, Roggenmehl (100 Kilo) 1275—1475, Weizenmehl 430—435, Roggenmehl 440—445, Staps 1200—1250, Weizenmehl 1250—1300, Winterweizen 680—710, kleine Spezialweizen 575—595, Futterweizen, Beländchen, Ueberweizen 535—575, Weizen 650—700, Weizen blane 500 bis 520, gelbe 675—700, Zerobetta neue 850—950, wohnliche 800—900, Roggenmehl 465—495, Weizenmehl 770 bis 790, Erdweizenmehl 380—395, Weizenmehl 530—600, Torfmehl 190—200. — Heu und Stroh. Großhandelspreise für 50 Kilo ab Station: Drehtgepreßtes Roggen-, Weizen- und Haferstroh 120—140, blattgepreßtes Roggen- und Weizenstroh 120—130, Roggenlangstroh 130—140, langes und gedundetes Stroh 95—105, Häfeln 165—180, handelsübliches Heu 245 bis 275, gutes Heu 275—300.

Sport und Verkehr.

3. Neue Zeppeline. Vom „Luftschiffbau Zeppelin“ wird jetzt ein Starrschiff in Angriff genommen, das etwas größer werden soll als 25 000 Kubikmeter, aber sich noch genügend weit von der durch die Entente vorgeschriebene Grenze von 30 000 Kubikmeter halten wird. Dieses Luftschiff soll im Frühjahr 1923 seine ersten Fahrten aufnehmen. Es schweben ferner Unterhandlungen mit Amerika über den Bau eines Großschiffes, das als Ersatz für eines der 1919 in Nordholz zerstörten, zur Auslieferung bestimmt gewesen Luftschiffe dienen soll. Die Größe dieses Schiffes wird zwischen 70 000 und 100 000 Kubikmeter betragen. Die Verhandlungen finden im Einvernehmen mit der deutschen Regierung statt, die für den damaligen Verlust des Auslieferungsschiffes fastbar gemacht worden ist.

3. Zum erstenmale nach acht Jahren ist in Archangelsk ein deutscher Dampfer mit einer großen Ladung Wehl einlaufen.

Bereine und Versammlungen.

3. Zeitungsverleger-Tagung in Hamburg. In einer Zeit besonderer Not der deutschen Presse fällt der deutsche Zeitungsverlegertag in Hamburg. Im Rathaus wurden die Verleger vom ersten Bürgermeister Dr. Diefel begrüßt. In seiner Rede betonte er, daß es eine Verantwortung unseres Volkes bedeute, wenn man nicht Mittel finden würde, die katastrophale Bedrohung der deutschen Zeitungen abzumehren. Die deutsche Presse, geschrieben durch parteipolitische Stellung, hat die hohe Verantwortung, selbst wenn sie kritisch ablehnt, schärflich mitzuarbeiten, sich nicht in der Verneinung zu gefallen, sondern mit aufzubauen. Die Presse muß es als ihre Aufgabe betrachten, der Welt klarzumachen, daß sittliche Pflicht und wirtschaftliche Notwendigkeit den Kampf zu beenden fordern, der nach dem Verträge von Versailles nicht abgeschlossen, sondern verewigt sein würde. Der Vorsitzende des Zeitungsverlegervereins Dr. Krumbhaar dankte für den Empfang und verglich die deutsche Presse in der gegenwärtigen Zeit mit einem Schiff auf stürmischer See und fragte, ob man an fahrender Stelle im Meide verbleiben werde, um was es sich handele, wenn die selbständige deutsche Presse verfinke. Trete diese Katastrophe ein, dann habe sich das deutsche Volk zum zweiten Male entwandern lassen. — Zu der Tagung hat Reichstagspräsident Lobe sein Erscheinen zugesagt.

3. Deutscher Gastwirtetag. In Kollberg an der Ostsee trat der 47. Deutsche Gastwirtetag zusammen. Verbandsdirektor Haug (Berlin) erstattete den Jahresbericht und teilte mit, welche Schritte der Verband betrefss Abschaffung bzw. Reform der Betriebs- und Gewerbesteuer getan hat. Den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Verbandsdirektors folgte das Referat des Schatzmeisters H. Braun (Berlin), dem einstimmige Entlastung erteilt wurde. H. Telchmann (Potsdam) verlas die neuen Verbandsaufstellungen, die mit mehreren Änderungen angenommen wurden.

Risnet

Roman von Max von Weisenthurn
(22. Fortsetzung.)

„Du, Du bist die Erste und Einzige, die wissen soll, daß ich in die Heimat zurückgekehrt, um zu sühnen. Eine Ungerechtigkeit des Schicksals mag es gewesen sein, daß, mit Mitteln ausgestattet, nach denen ich niemals die Hände hätte ausstrecken sollen, ich drüben große Reichtümer zu sammeln vermochte, daß ich mit diesen ausgestattet zurückkehre... zurückkehre allerdings, nur um zu sterben, denn ich trage den Keim eines unheilbaren Leidens in mir.“

Jaroslav Dembriki ist längst tot und soll nicht mehr erstehen. Klaus Schöll aber will in Deine Hände oder in jene unseres Sohnes die Mittel legen, um das Unrecht, das Verbrechen, welches jener andere verübte, zu sühnen. Ihr sollt Herrn von Ed oder seinen Erben auf Heller und Kreuzer das zurückgeben, was ich einst in einer Stunde der Schwäche und der Ehrlosigkeit ihm entwendet.

Ich kenne Dich zu genau aus den Tagen unseres gemeinsamen Lebens, um nicht zu wissen, wie niederschmetternd Dich das Leid getroffen haben mag, welches ich Dir angetan, und ich will es in seinem ganzen Umfange sühnen, indem ich mir das Herbeste anferlege, was das Schicksal mir noch zu bieten vermag; ich will nicht nur zurückgeben, was ich in unredlicher Weise an mich gebracht, nicht nur Dich und unseren Sohn zu Vollstreckern meiner Sühne machen, sondern ich ermächtige Dich auch, rückhaltslos und schonungslos unserem Paul die ganze Wahrheit zu offenbaren. Dir meine geliebte Herma habe ich nichts mehr zu sagen, als die Bitte auszusprechen, Du mögest um jener glücklichen Vergangenheit willen, in der wir uns liebten, mir alles Veld verzeihen, das ich später über Dich gebracht. Die Sucht, mehr haben zu wollen, als ich gehabt, mehr scheinen zu wollen, als ich war, die war es, die mich mit Riesenschritten auf der abschüssigen Bahn vorwärts drängte. Ich fühle ja nur zu deutlich, daß ich Unrecht tue, aber ich hatte nicht mehr die Kraft, mir selbst ein entscheidendes „Halt!“ zuzurufen.

Dich zurückversetzend in die Tage, da ich noch rein und schuldlos war, wirst Du, kluge, einsichtsvolle Frau, es Dir doch vergegenwärtigen können, daß ich nicht über Nacht zum Verbrecher wurde, daß die Versuchung lodend, verführerisch an mich herangetreten ist, und mich erst nach und nach zu dem gemacht hat, was ich jetzt bin und was ich, so weit es in meinen Kräften steht, jetzt noch gerne abschütteln möchte durch die Sühne, welche ich auf mich nehme:

Rückhaltslos sollst du unserem Paul alles mitteilen, alles offenbaren. Ich will mich demütigen, indem ich es zugebe, daß Du mich ihm in meiner ganzen Schwäche zeigst, und Deinem Edelmut, Deiner Charaktergröße stelle ich es anheim, es, indem Du ihm meine Schuld offenbarst, doch möglich zu machen, für diese, wenn auch keine Rechtfertigung,

so doch eine Entschuldigung zu finden. Sage ihm, daß ich krank gewesen, und Du sagst ja damit im Grunde genommen keine Unwahrheit, denn die Sucht nach Gewinn, der Reiz gegen jene anderen, die mehr haben als wir, was ist sie denn anderes, als eine häßliche Krankheit, die jeden guten Samen im Reime ersticht.

Ich lege mein Schicksal in Deine Hände, laß mich wissen, ob Du, ob unser Paul zu mir kommen wird, denn meine Kräfte reichen nicht mehr; ich liege seit Wochen schon schwer krank hier in den „Bier Jahreszeiten“. Die Wahl des Hotels, in dem ich abgestiegen bin, mag dir ein sprechender Beweis sein, daß ich über reiche Mittel verfüge. Was frommt das aber? Der Tod hat mich gezeichnet, und ich kann nicht mehr zu Dir eilen, um zu den Füßen der besten Frau die Verzeihung zu erbitten, nach der meine Seele lechzt. Sei also großmütig und bringe Du mir diese Verzeihung oder, wenn ich damit zuviel begehre, sende sie mir durch unseren Sohn und möge der Himmel Dir Deine Großmut lohnen durch die Freude, die er Dir im Leben bereiten wird.

Dein unglücklicher Jaroslav.“

Dieser Brief war es, der Schuldbekennnis und Sühne zugleich enthaltend, Frau Ebbard naturgemäß auf das tiefste erschüttert hatte und der doch vor allem den Wunsch in ihr wachrief, den Mann, der einst ihrem Herzen so nahegestanden, so weit als möglich zu schonen, eben um der Liebe willen, die sie für ihn hegte, und die, wenn sie bei der Wahrheit bleiben wollte, ja auch jetzt noch in einem verborgenen Winkel ihres Herzens lebte, wenn sie auch Jahre hindurch namenlos darunter gelitten, daß sie hatte aufhören müssen, ihn zu achten.

Mußte sie dem Sohne die volle Wahrheit offenbaren? Konnte sie ihn nicht dem Vater zuführen, ohne daß er dessen Schuld ahne?

Aber tat sie das, wie ließ sich dann erklären, daß Paul ihn jahrelang für tot gehalten, daß er nicht von seiner Existenz gewußt? Und war es nicht andererseits ein großer Zug ihres Gatten, daß er vor seinem Kinde seine Schuld nicht beschönigen wollte, sondern alles so hinstellte, wie es tatsächlich gewesen, um dem jungen Manne als warnendes Beispiel zu dienen?

Alle diese Fragen waren es, die mit beängstigender Vehemenz auf sie einströmten und in ihr vor allem den Wunsch wachgerufen hatten, momentan den Brief vor Paul zu verbergen, damit sie Zeit gewinne, zu ruhigen Ueberlegen und zum Nachdenken über den Weg, welchen einzuschlagen das Rechte wäre. Deshalb wurde ihr Emmas Eintritt zur Rettung, an die sie sich klammerte. Das junge Mädchen war verlässlich, dieses sollte den Brief aufbewahren, bis sie Zeit und Gelegenheit gefunden, über das nachzudenken, was Paul gegenüber zu tun das richtige sei.

Zeit und Gelegenheit! Das Schicksal hatte es anders bestimmt. Als Paul gegen Abend ankam, fand er den kleinen Haushalt schon in größter Aufregung, denn bei Frau Ebbard hatte sich nach einem schweren Ohnmachtsanfall ein hitziges Fieber eingestellt, bei dem

wenigstens momentan das Bewußtsein schwand und sie an furchtbarer Herzbeklemmung litt. Emma hatte in Angst und Sorge einen Arzt herbeigerufen und dieser erklärte, daß es sich jedenfalls um eine ernste Krankheit handle, er aber eine bestimmte Diagnose noch nicht stellen könne. Er verordnete kalte Umschläge, verschrieb auch eine Arznei, die beruhigend wirken sollte, meinte aber, daß sich fürs Erste nichts anderes tun lasse, als abzuwarten, ehe man sich ein Urteil bilden könne.

Paul war denn auch nicht wenig erschüttert, bei seiner Heimkehr die geliebte Mutter krank zu finden und zu hören, daß es sich zweifelsohne um Ernsteres handle. Er stellte bange Fragen an Emma, ob sie wisse, ob irgend ein äußerer Anlaß schuld an diesem so plötzlichen und unerwarteten Leiden sei, und als sie ruhig verneinte, zerbrach er sich erst recht den Kopf, und machte sich Vorwürfe, daß er die Mutter zu viel sich selbst überlassen habe, und dadurch die Möglichkeit heraufbeschworen, daß sie weniger als wünschenswert oder notwendig ihrer Gesundheit geachtet.

Bange Stunden und Tage vergingen, in denen der Sohn so viel als nur irgend möglich, am Lager der Mutter weilte. Der Arzt hatte die Erkrankung für ein schleichendes Nervenfieber erklärt, bei dem Medikamente nicht von wesentlichem Belang sein konnten; absolute Ruhe, sorgfältige Pflege, kühlende Getränke waren fast das einzige, was sich zur Hebung des Übels in Anwendung bringen ließ. Im übrigen, so erklärte er, hoffe er mit aller Bestimmtheit auf die sonst kräftige Natur der Kranken, die sich schon wieder zur Gesundheit durchringen werde.

Und so war es auch: nach Tagen und Nächten der bangen Sorge, der zitternden Freude über jede geringfügige Besserung, die sich in dem Befinden der Leidenden zeigen wollte, brach endlich der Morgen an, wo sie mit klaren, hellblickenden Augen im Bette lag und mit zärtlichem Gesichtsausdruck zu dem Sohne hinüber sah, in dessen Zügen man deutlich lesen konnte, daß Angst und Sorge ihm nicht fern geblieben.

Ein glückliches Lächeln umspielte die Lippen der Genesenden, aber gleich darauf trat ein ernster, besorgter Ausdruck in ihre Züge.

„Ich habe dir viel zu sagen, mein Junge, und du wirst viel Ernstes erfahren, Dinge, von denen du bisher nichts wußtest, nichts wissen solltest, die einen Schatten werfen werden auf die sorglose jugendliche Harmlosigkeit deines Lebens, die ich dir aber, obgleich sie ernst und traurig sind, nicht länger vorenthalten darf. Aber noch fühle ich mich zu schwach, um davon zu sprechen, noch mußt du mir Zeit lassen, etwas zu Kräften zu kommen, dann aber, dann sollst du alles wissen, was mein Herz Jahre hindurch belastet hat, und das doch jetzt wie eine Erlösung über mich gekommen. Eine kleine Spanne Zeit, mein Junge, und du sollst alles wissen, bis dahin aber habe Geduld.“

Seit Wochen zum erstenmal hatte Frau Ebbard klar und zusammenhängend gesprochen, aber sie, die sich mühsam auf ihrem Lager aufgerichtet hatte und das Haupt auf den einen Arm stützte, sank nun plötzlich merklich erschöpft in die Kissen zurück während eine so fahle Blässe ihre Züge bedeckte, daß Paul zu Tode

c) Ungebautes wüstes Vorwerk Nicolai.

Ackerbau dem Dünger zu weit entlegen. Und der Pferch von beiden genannten Vorwerken nicht zu entbehren. Jedoch alle Jahre wechselweise zur Erhebung des Waidwerks mit 148 Schfl. Hafer bestellt. Wiesenwachs, so der von Trende wieder beräumt, 36 Frohnsuder Heu.

Diese Vorwerke nebst der Schäferei Glend sind dem Kammerjunker von Trenden (Dam von Trotha) mit allen Zugehörungen um 1000 Gulden Pachtzins nebst Inventar übergeben. Basilius Dörner übergab an Rindvieh

- 35 melkende Kühe,
- 3 Kalben,
- 9 abgesetzte Kälber,
- 1 Farr,
- 12 starke Zug- } Ochsen
- 1 jähriger }
- 2 zweijährige }

an Schafvieh 844 Kasser auf Schäferei Glend. Was darüber ist, muß Trendens Witwe bezahlt werden bei Ablau- fung des Pachtens (1659).

4. Mühlen (nicht vorhanden).

5 Gangbare Teiche und Hälter.

1. Oberheßlicher Oberteich kann [mit 20 ho] Saßkarpfen be- legt werden,
2. Oberheßlicher Niederteich (Mühlteich), 16 ho Saßkarpfen,
3. Der große Nicolausteich, 10 ho Saßkarpfen,
4. „ kleine „ 3 ho Föhren,
5. Öhlteich zu Ruppendorf, 4 ho Föhren,
6. Mittelteich zu Höddendorf, 3 1/2 ho Föhren,
7. Gottesackersteich zu Höddendorf, 3 ho Föhren,
8. u. 9. zwei kleine Teichlein bei der Schäferei Glend, gebraucht der Vorwerkspächter zu Dippoldiswalde,
10. Ein klein Teichlein Michael Nixschens zu Reinholdshain genannt, haben vorige und jetzige Schösser zu gebrauchen.

Was die übrigen Teichstätten anlangt, so sind dieselben nach Angaben der Fischmeister der Anrichtung nicht wert.

6. Wilde Fischereien.

1. Zwei Stück Fischwasser über und unter Dippoldisw. in der Weißeritz,
2. Schwarzbach,
3. Reinholdshainer Bach,
4. Holzbach am Oberheßlicher Teich,
5. Ruppendorfer Bach,
6. Olsaer Bach,
7. Luchauische Prießnitzbach,

gepbe-
ommen,
iffmeter,
die En-
bikmeter
r 1923
ferner
eines
919 in
mt ge-
s Schif-
ikmeter
berneh-
ür den
haftbar
angesse
ehl ein
en.
zn eine
lt der
n Rat-
meister
er, daß
wenn
le Be-
Die
e Stel-
nn sie
nicht
aufzu-
be be-
Pflcht
zu be-
sailles
e. Der
trumb-
e-deut-
einem
an an
n was
Bresse
be sich
lassen.
oe sein
n der
mmen.
Jah-
erband
und
Beifall
ektor's
(Ber-
e. R.
oands-
ange-

ist
lich
Ku
vor
über
die
18
ein
14
M
M
De
wa
ke
ba
Ar
Di
ha
Di
Pa
der
vor
un
ang
147
Ha
gle
zele
An
Ka
ih
dis
das
spä

halt schon in größter Aufregung,
ard hatte sich nach einem schweren
hitziges Fieber eingestellt, bei dem

Haupt auf den einen Arm stützte, sank nun plötzlich
merklich erschöpft in die Kissen zurück während eine
so fahle Blässe ihre Büge bedeckte, daß Paul zu Tode

V. Dippoldiswalde als Amts- und Bezirksstadt.

Obwohl Dippoldiswalde nicht zu den ältesten Aemtern Sachsens zählt, ist es doch seit Jahrhunderten Vorort des gleichnamigen Amtes. Gewöhnlich begegnet man der Angabe, das Amt Dippoldiswalde sei durch Kurfürst August errichtet worden. Dem ist aber nicht so. Ludwig von Creußen, des Landesherrn Voigt, beginnt seine Rechnungen über das Amt Dippoldiswalde mit dem 13. März 1401. Wir dürfen diesen Tag als den Geburtstag des Amtes betrachten, wenn nicht vor 1366, wo Dippoldiswalde unter Dohnaische Herrschaft gekommen ist, schon ein Amt bestanden hat. Nach Erstürmung der Feste Dohna am 19. Juni 1402 war das ganze Dohnaische Gebiet um Dippoldiswalde vollends in Markgraf Wilhelm I. Besitz, wo das vorher nicht schon der Fall war. Als Voigt begegnet uns am 1. November 1443 Cunrath v. Waczdurff. Der Amtsbezirk führt von jetzt ab die Bezeichnung als der Dippoldiswalder Pflege, so 1450, 1455, 1468 und 1504. Dieser Name ist zwar kein festumrissener Begriff, da einzelne Ortschaften bald zur hiesigen, bald zu benachbarten Pflegen gerechnet werden, doch deckt er sich mit dem Amtsbezirk und hat teilweise noch weitere Grenzen. Noch 1687, als Dippoldiswalde zum Amte Grillenburg geschlagen werden sollte, behauptete die Stadt, daß früher die umgekehrte Absicht bestanden habe. Dippoldiswalde sei eine alte Kreisstadt und ein uraltes Amt. 1445 wird Paul Karatz, Voigt zu Dippoldiswalde, von Hans Pruser, einem Fleischer der Stadt, ermordet. 1450 ist das Amt in Pfandbesitz der Herren von Schönfeld, 1451 gehört es pfandweise den Herren von Rechenberg und von Wihdorf, 1454 wird Caspar von Rechenberg als Amtmann angeführt. 1469 findet als solcher Balthasar Grensing Erwähnung. 1472 wird des Amtmannes ohne Namensnennung gedacht. 1472 ist Hans Biberach Voigt zu Dippoldiswalde und zugleich für Tharandt; gleichwohl wird Balthasar von Grensing 1477 wieder als Amtmann bezeichnet. Der Voigt Hans Biberach übergab am 28. Februar 1480 das Amt an den Kammerreiber Hans von Günterode, der 1476—1485 Kammerreiber ist und 1489 als Amtmann angeführt wird, obwohl vor ihm, 1488, am 9. März 1490 Friedrich Große als Amtmann von Dippoldiswalde und Tharandt auftritt. 1472—1490 scheint mit dem hiesigen das Amt Tharandt unter einer Verwaltung gestanden zu haben, was auch später wieder der Fall war. Unbefristet erscheinen dann als Amtsleute